DOKUMENTATION

DER MORD AN AMADEU ANTONIO



 M Spende erbeten!

INHALT

IMPRESSUM

Antirassistische Initiative e.V.
c/o Fabrik Osloer Str.
Osloer Str. 12
W - 1000 Berlin 65

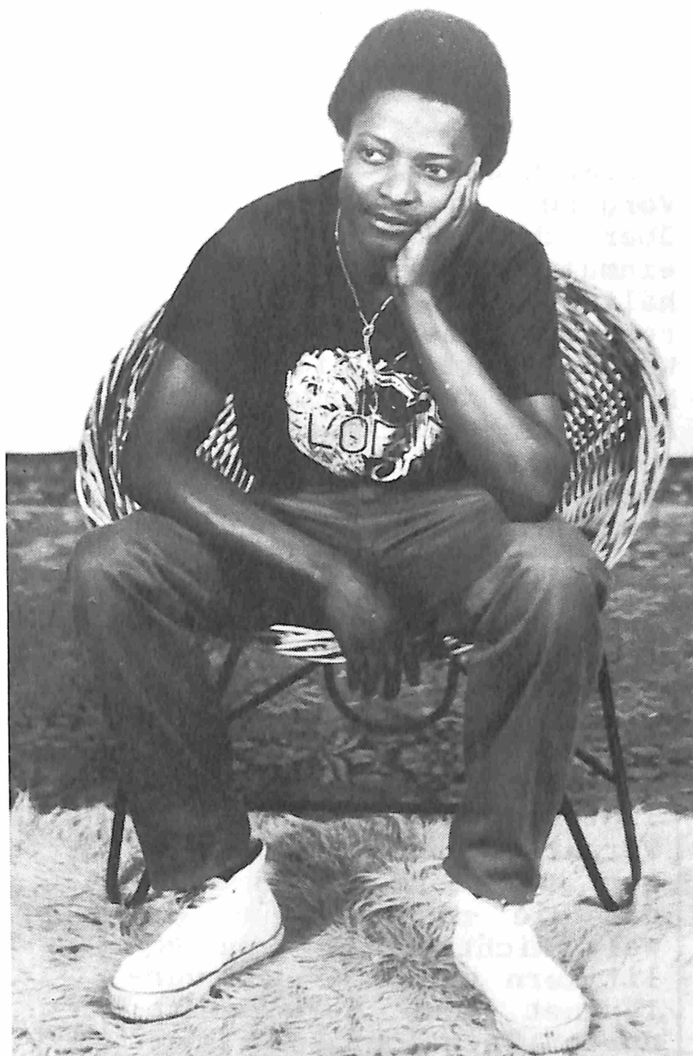
Tel.: 030/8619422
Fax: 030/8520815



Spenden dringlichst erbeten!

Konto:
Antirassistische Initiative e.V.
Sichwort: Eberswalde
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 20 500
Kontonr.: 303 96 00

VORWORT



Amadeu Antonio kam 1987 aus Angola in die DDR. Dort arbeitete er im Schlacht- und Verarbeitungskombinat in Eberswalde. Ein Jahr nach der Maueröffnung, in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 wurden Amadeu und einige seiner Arbeitskollegen vor einer Diskothek in Eberswalde von einer Gruppe Neonazis, Skinheads und ihrem Anhang überfallen. Während sich seine Freunde, zum Teil schwer verletzt, retten konnten, entkam Amadeu den Schlägern nicht. Er blieb bewußtlos und ohne Hilfe auf der Straße liegen und wurde später in ein Krankenhaus eingeliefert. Dort starb er am 16.12.1990, ohne das Bewußtsein je wiedererlangt zu haben.

Der rassistische Terror endete damit nicht. Drei Wochen nach dem Tod von Amadeu wurde sein Sohn in Eberswalde geboren. Die Lebensgefährtin von Amadeu und sein Kind werden seither, wie andere Familien mit schwarzen Kindern auch, von Rechtsextremen so stark bedroht, daß sie zeitweise aus Eberswalde fliehen mußten.

*

Mit dieser Broschüre wollen wir an den Mord an Amadeu Antonio erinnern und die Umstände seines Todes dokumentieren. Gleichzeitig wollen wir auf den Strafprozeß wegen des Mordes an Amadeu aufmerksam machen, der vermutlich Anfang Mai stattfinden wird.

Wir stellen in diesem Zusammenhang folgende Forderungen:

Das Material dieser Broschüre zeigt deutlich: Rechtsextreme Gewaltaten dürfen nicht als verwirrte Handlungen von Einzeltätern verharmlost werden. Tatsächlich existieren in Eberswalde neonazistische Organisationsstrukturen. Aber auch nicht organisierte Schläger begründen ihre Gewalt eindeutig mit rassistischen Vorstellungen.

Wir fordern daher, daß in dem Strafprozeß wegen des Mordes an Amadeu Antonio der rechtsextreme Organisationszusammenhang und das rassistische Motiv des Überfalls nicht ausgeblendet werden.

Gleichzeitig werfen die Vorgänge in Eberswalde auch über die Mordnacht hinaus einmal mehr Fragen zum Verhältnis von Polizei und rechtsextremer Szene auf: Warum schritt die in der Mordnacht anwesende Polizei nicht ein, als Amadeu zu Tode geprügelt wurde? Warum wurde auch dann keine Hilfe geleistet, als Amadeu blutend auf der Straße lag? Weshalb wurde seine Familie nicht vor der permanenten rassistischen Bedrohung geschützt?

Wir fordern, daß in dem Prozeß das Verhalten der Polizei rückhaltlos aufgeklärt wird und die Beteiligten gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Wir fordern generell, daß die rechtsextreme Gewalt nicht länger von Politikern und Behörden verleugnet und verharmlost, durch Tatenlosigkeit oder gar klammheimliche Sympathie unterstützt wird. Die Opfer von Rassismus müssen umfassend geschützt werden.

Schließlich belegen die Ereignisse in Eberswalde erneut, daß die rassistische Gewalt ihre volle Wirkung nur entfalten kann, wenn die Masse der Bevölkerung schweigt und die Augen verschließt. Der alltägliche Rassismus sowie die permanente Ausgrenzung und institutionalisierte Diskriminierung durch sog. "Ausländergesetze" sind der Nährboden dieser Gewalt.

Wir fordern daher, daß der Rassismus in der öffentlichen Diskussion eindeutig benannt wird und nicht durch Debatten über "Scheinasylanten" und "Zuwanderungsströme" weiter angeheizt wird. Wir fordern, daß die Selbstorganisation der von Rassismus betroffenen Menschen unterstützt wird. Antirassistisches Denken und Handeln müssen zu anerkannten Zielen in allem gesellschaftlichen Lebensbereichen (Schule, Medien, Behörden etc.) werden.

Antirassistische Initiative e.V.
AusländerInnenreferat des AStA FU Berlin Black Liberation Sound System

Der gewaltsame Tod des Angolaners Antonio Amadeu

An den Folgen eines rassistischen Überfalls starb bereits Anfang Dezember letzten Jahres ein junger Angolaner / Sein Tod wurde erst jetzt bekannt — seine Landsleute kämpfen nun um die Aufklärung des Falles / Die meisten von ihnen wollen aufgrund familiärer Bindungen in Deutschland bleiben

Eberswalde. Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Anfang Dezember der 28jährige Antonio Amadeu aus Angola an den Folgen eines rassistischen Überfalls. In Eberswalde, knapp 20 Kilometer von Berlin entfernt, hatten in der Nacht zum 24. November mindestens 50 Neonazis das Opfer und seine sieben afrikanischen Begleiter angegriffen. Die angolanischen und mosambikanischen Arbeiter befanden sich auf dem Nachhauseweg von einem Diskoabend des örtlichen »Hüttegasthofs«, als sie von den Skinheads mit Messern und Gaspistolen attackiert wurden. Während sich die übrigen Angegriffenen trotz des ungleichen Zahlenverhältnisses erfolgreich wehren bzw. mit schweren Schnittverletzungen in Sicherheit bringen konnten, wurde Antonio Amadeu bewußtlos in das lokale Krankenhaus eingeliefert. Dort verstarb er wenige Tage später an den Folgen der Verletzungen, ohne jemals sein Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Der Tod des jungen Angolaners ist für seine Freunde die traurige Spitze eines von rassistischen Provokationen bestimmten Alltags in der ehemaligen DDR: »Wir hatten hier immer unrecht«, sagt Teofilo Talo (Name geändert). Von Anfang an habe es in ihrem Betrieb rassistische Auseinandersetzungen gegeben, hätten kleingeistige Hänseleien und aggressive Anpöbeleien ihren Arbeitsalltag bestimmt.

Erschreckt habe sie aber vor allem die »totale Untätigkeit« der deutschen Passanten und Kollegen. Auch auf die lokale Polizei sind viele der schwarzen Eberswalder nicht gut zu sprechen. Die soll sich nach Darstellung der Augenzeugen während des Überfalls passiv verhalten haben. Während sich in der Kleinstadt allwöchentlich Gruppen von Neonazis aus Rostock, Angermünde und Schwedt treffen, bleibe die Polizei angesichts der hohen rechtsradikalen Gewaltbereitschaft oft passiv. Immer wieder, so berichteten die Afrikaner, sei es nach lautstarken Gelagen zu »fanatischen Angriffen« gegen sie und afrodeutsche Bürger gekommen. Selbst der Bürgermeister konnte die regelmäßigen Treffen bisher nicht verhindern. Allerdings wolle er sich dafür einsetzen, daß die Neonazis fortan »ihre Waffen zu Hause lassen«.

Im Zusammenhang mit dem Überfall auf Amadeu und seine Freunde wurden elf Skinheads festgenommenen, acht jedoch umgehend wieder freigelassen. Für Ex-DDR-Verhältnisse ungewöhnlich hartnäckig sprachen die überfallenen Afrikaner mehrfach bei der Polizei vor und drängten darauf, die Festgenommenen bis zur Aufklärung des Überfalls festzuhalten. Inzwischen befinde sich jedoch nur noch ein Tatverdächtiger in Haft.

»Mord ist doch kein Spiel«, meint Teofilo und weist in diesem Zusammenhang auch auf die polizeiliche Weigerung, den Leichnam des Ermordeten zu überführen, hin. Ein Angehöriger der angolanischen Botschaft zeigte sich bei einem Besuch in Eberswalde entsetzt über das Ausmaß der rassistischen Gewalt, konnte aufgrund fehlender Ermittlungsergebnisse aber auch nichts weiter unternehmen.

Nachdem Beschwerden bei der Polizei zu nichts geführt hatten, berichteten drei der Zeugen noch im letzten Jahr einem Lokalreporter von der nächtlichen Attacke. Trotz ihrer eindringlichen Bitte, ihr Foto nicht zu veröffentlichen, erschien einige Tage später ihr Bild zusammen mit dem Bericht [illegible] der lokalen Zeitung. Daraufhin [illegible] »Horden von bewaffneten S[illegible]ads« mit dem Foto durch die Innenstadt gelaufen, um es den »Scheiß Negern« zu zeigen. Am 24. Dezember mußte die Polizei dann sogar das betriebliche Wohnheim in der Leninstraße räumen lassen, da sie von einem geplanten Rachefeldzug erfahren hatte. Anstelle der erwarteten 300 Jugendlichen erschienen dann aber nur 70 Skins, die außer Beschimpfungen keine Angriffe gegen das an diesem Tag von der Polizei gut geschützte Heim unternehmen konnten.



Kein Kommentar

Foto: Paul Glaser

Bis vor kurzem wohnten die Angolaner dort zusammen mit rund 100 Landsleuten. Während ihre kubanischen Kollegen zumeist im Kranbau tätig waren, schufteten sie seit August 1987 für die ostdeutsche Fleischindustrie im lokalen Schlacht- und Verarbeitungskombinat (SVKE). Heute sind bis auf 14 alle der früher als unersetzlich geltenden Fleischer in ihre Heimat zurückgeschickt worden. Die jetzt noch in Eberswalde wohnenden sind fast alle ohne Arbeit und mit großen aufenthaltsrechtlichen Problemen konfrontiert. Dennoch halten sie vor allem familiäre Bindungen in Deutschland. Auch Antonio Amadeu war mit einer jungen Deutschen verheiratet, die in Kürze ein Kind erwartet.

Seit den vermehrten Überfällen gehen die Afrikaner »nur noch zu dritt zum Einkaufen« und verlassen »nach 19 Uhr allenfalls bewaffnet« das Haus. Angesichts dieser hoffnungslosen Situation suchen sie nun verstärkt den Kontakt zu schwarzen Berlinern. Letzte Woche nahmen die Angolaner aus Eberswalde erstmals Kontakt mit dem Berliner »Black Unity Committee« auf und berichteten ausführlich über den Überfall. Für Anfang Februar planen schwarze Deutsche aus Ost- und West-Berlin sowie Angolaner und Mosambikaner eine große Solidaritätsveranstaltung. **Nini Accra**

aus: die tageszeitung, 25.1.91, S.23

Eine ganz normale Hexenjagd in Eberswalde

Auch nach dem Mord am Angolaner Amadeu sind Lebensgefährtinnen Farbiger den Überfällen von Neonazis schutzlos ausgeliefert / Von Eberhard Seidel-Pielen

EBERSWALDE, im Juli

„Die Rechtsextremisten verhalten sich seit Wochen ruhig", versichert Eberhard Herrmann, Presseoffizier der Polizei von Eberswalde-Finow. „Wir kennen unsere Leute. Aus polizeilicher Sicht haben wir mit dem Kern von etwa fünfzehn bekannten Rechtsextremisten wenig zu tun." Glaubt man der polizeilichen Verlautbarung, haben die Ordnungshüter die Lage in der 60 000 Einwohner zählenden Stadt Eberswalde-Finow unter Kontrolle. Nach den Gewaltexzessen des letzten Herbstes soll wieder Ruhe und Frieden eingekehrt sein in die kleine Industriestadt siebzig Kilometer nordöstlich von Berlin. Vergessen scheinen die Überfälle auf das Wohnheim der Vertragsarbeiter aus Angola und Mozambique, nachdem in der Zwischenzeit fast alle der 800 afrikanischen „Gastarbeiter" zurückgeschickt wurden. Seit 1976 lebten sie in Eberwalde. Angeworben worden waren sie für die Arbeit im örtlichen Walzwerk und im „SKVE", dem schweineverarbeitenden Kombinat Eberswalde. Nur wenige blieben zurück, als sie im Herbst 1990 zur Ausreise aufgefordert wurden: in der Regel jene Farbigen, die deutsche Frauen oder Freundinnen hatten.

Vergessen scheint auch die Schreckensnacht vom 24. auf den 25. November, die die wenigen zum Bleiben Entschlossenen die Entscheidung überdenken ließ: Rund fünfzig Neonazis wollten damals den „Hüttengasthof", eine Wochenenddiskothek und das einzige Lokal Eberswaldes, in der die Schwarzafrikaner noch willkommene Gäste waren, stürmen; fünfzehn Rechtsextremisten verletzten den Angolaner Antonio Amadeu mit Baseballkeulen, Ketten und Messern so schwer, daß er drei Wochen später starb.

Rainer Gruzialewski, Bürgermeister des Eberswalder Ortsteils Finow, durchaus auf den guten Ruf seiner Gemeinde bedacht, schätzt die Lage anders ein als die örtlichen Ordnungshüter. „Wir haben es hier mit einer sehr aggressiven, rechtsradikalen Szene zu tun, die vor nichts zurückschreckt. Alle sind sie mit Gaspistolen bewaffnet und sie sollen sogar eine Kalaschnikow gebunkert haben." Immer wieder versucht der Ortsvorsteher mit den Skinheads ins Gespräch zu kommen, sie zu beruhigen – bislang ohne Erfolg.

Mitte Juni kam es abermals zu Jagdszenen. „Als ich von der Außentoilette in die Wohnung zurückkam, standen zwei etwa zwanzig Jahre alte Männer in der Küche." Ehe Karin M. die Situation erfaßte, sprühten die beiden der alleinstehenden Mutter eines acht Monate alten Babys Tränengas ins Gesicht. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen wurde sie Opfer eines Überfalls durch Rechtsextremisten. Eine Stunde schlugen die Eindringlinge auf die junge Frau ein, brachen ihr das Nasenbein, traten ihr in den Rücken und die Nieren. „Sie beschimpften mich als Negernutte, drohten, mein Kind umzubringen." Als Karin M. versuchte, sich zu wehren, riß einer der Gewalttäter die Tochter an sich und brüllte, „da ist ja der Negerbastard". Dann warf er das Kind zurück ins Kinderbett. Am Schluß der Tortur durchsuchten die beiden die Wohnung und stahlen Karin M., die von 700 Mark im Monat leben muß, die letzten zweihundert Mark mit den Worten: „Wenn du Negerschlampe leben willst, mußt du bezahlen. Falls du zur Polizei gehst, passiert dir und dem Kind dasselbe wie Amadeu." Anzeige erstattete Karin M. nicht. Gewiß auch aus Angst, vor allem aber, weil sie von der Polizei keinerlei Hilfe erwartet – im Gegenteil. Als sie den ersten Überfall zu Protokoll gab, antwortete ein Beamter: „Was schaffen Sie sich auch so ein Baby an." Einstellungen wie diese sind in Eberswalde keineswegs die häßliche Ausnahme. Sie sind der Humus, auf dem der Rechtsradikalismus gedeiht.

So auch in der Nacht vom 24. auf den 25. November: Als die Neonazis drei Schwarze zum Teil schwer verletzten und Antonio Amadeu langsam zu Tode prügelten, stand die Polizei abwartend vor dem Werksgelände der Chemischen Werke an der Leninstraße – einen Steinwurf vom Tatort entfernt. Eine Augenzeugin: „Vier Einsatzwagen standen dort, ich bin zu ihnen hingerannt, habe sie angeschrien, damit sie Antonio zu Hilfe eilen." Doch ein Polizeibeamter reagierte mit der Frage: „Sollen wir uns für einen Angolaner totmachen lassen?"

Presseoffizier Eberhard Herrmann weist Vorwürfe, die Polizei schütze offenbar nur Deutsche, entschieden zurück. „Die Eskalation vor dem Hüttengasthof war nicht vorherzusehen. Wir haben reagiert, sobald wir über die Ansammlung informiert waren und unsere Einsatzkräfte zusammengezogen hatten." Diese ließen es aber offensichtlich am nötigen Einsatz fehlen. Der Überfall auf den Treffpunkt der Angolaner und Mozambiquaner in Eberswalde war geplant. „Am Tatabend herrschte hier eine heiße Stimmung. Ständig grölten die Rechtsextremisten ‚Heil Hitler', ‚Deutschland den Deutschen', sie haben auch die Deutschlandfahne entrollt", erinnert sich Pastor Martin Appel. Er wohnt in unmittelbarer Nähe des „Rockbahnhofs", eines Szenetreffs der Neonazis. Er spürte, daß sich etwas anbahnte. „Gegen ein Uhr nachts sind sie dann randalierend in Richtung ‚Hüttengasthof' losgezogen."

Unter ihnen Tristan Drewitz, der als Führer der örtlichen Szene gilt und dem Staatsschutz auf Grund seiner neonazistischen Aktivitäten einschlägig bekannt ist. Nach der Maueröffnung verschwand er für einige Monate Richtung Ruhrgebiet. „Offensichtlich hatte er dort Kontakt zu organisierten Rechtsextremisten und wurde in Organisation und Führungsstil geschult", sagt Bernd Wagner, Abteilungsleiter des Staatsschutzes im gemeinsamen Landeskriminalamt. Eine Beobachtung, die Pastor Martin Appel bestätigt. „Viele Jugendliche des Kreises um Tristan Drewitz verschwanden nach der Maueröffnung in die alten Bundesländer und kamen nach wenigen Monaten äußerlich wie innerlich runderneuert zurück."

Anders als die „ahnungslose" und „überraschte" Polizei, die der Schlägertruppe in sicherem Abstand folgte, war der Wirt des „Hüttengasthofs" bereits vor dem Abmarsch der Neonazis über den geplanten Überfall informiert. Er warnte die Gäste, schickte sie nach Hause und verschloß das Lokal. Zur gleichen Zeit rückte ein zweiter Trupp von Jungnazis aus einem Vorort, der Max-Reimann-Siedlung, in der 20 000 Menschen leben, und die nur siebenhundert Meter nördlich der Wochenenddisko liegt, auf den „Hüttengasthof" vor. Allen Angolanern und Mozambiquanern gelang die Flucht – außer Antonio Amadeu.

Acht Monate nach der Mordnacht beschäftigt die Tat auch im Juli noch Gäste des Café-Restaurants „Specht", eines Treffpunkts der Rechtsradikalen in der Max-Reimann-Siedlung. Tischgespräch dreier Nazirocker: „Im Herbst haben wir Verhandlung. Ich hab' gehört, daß die uns nicht mehr wie früher einfach alle einsperren können. Die müssen nachweisen, wer von uns den Schlag austeilte, der den Neger umgebracht hat." Ähnlich gelassen sehen auch andere Mordbeteiligte der Verhandlung entgegen. Von den elf in der Novembernacht Festgenommenen sind bis auf zwei alle wieder auf freiem Fuß.

Die Ungereimtheiten des polizeilichen Verhaltens bis hin zu unterlassener Hilfeleistung sorgen für viele Fragezeichen. „Staatsanwaltschaft und Polizei müssen Untersuchungen darüber einleiten, das erscheint dringend notwendig", meint Wagner vom Staatsschutz. Die Kette merkwürdigen Behördenverhaltens in Eberswalde-Finow riß aber auch nach dem Tod von Antonio Amadeu nicht ab. Als die Lebensgefährtin des Ermordeten, Vera G., am 12. Januar 1991 mit ihrem Baby aus der Entbindungsstation in ihre Wohnung in der Fritz-Weinecke-Straße 13 zurückkehrt, ist der Führer der Neonazis, Tristan Drewitz, in die Nachbarwohnung einquartiert. „Ich habe Tristan die Wohnung vermittelt, da er mir glaubhaft versicherte, daß er aus der Szene aussteigen wolle", begründet Bürgermeister Rainer Gruzialewski die schwer nachvollziehbare Entscheidung. Noch am 10. Dezember mobilisierte der „Aussteiger" mehr als achtzig Neonazis, die zur Gründung des „Deutschen Völkischen Bundes" nach Eberswalde kamen.

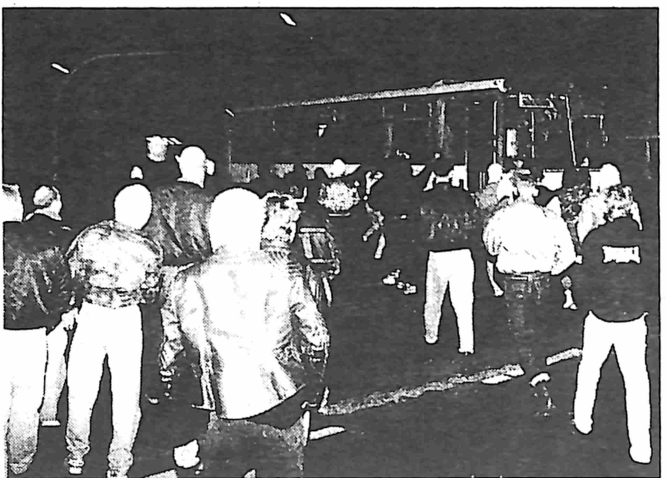
Die Fürsorge um den Aussteiger reichte sogar bis zum Polizeischutz – angeblich wurde Tristan von Gesinnungsgenossen bedroht – eine Maßnahme, die weder Vera G. noch anderen bedrohten Frauen gewährt wurde. Entsprechende Anfragen wiesen Polizeibeamte ab: Wer sich bedroht fühle, könne einen privaten Wachschutz engagieren. Nichts deutet auf ein verändertes Weltbild des Naziführers hin. Hitlerporträts und Hakenkreuzfahne muß der Bürgermeister einräumen, der in regelmäßigen Abständen nach dem Rechten sah, „schmückten weiterhin sein Zimmer."

Das naive Vertrauen des Bürgermeisters wird bereits am 14. 1. 1991 erschüttert. Die Wohnung Vera G's., sowie einige Wohnungen von Nazikritikern, die ebenfalls im Hause wohnen, werden verwüstet. Allein die Wohnung des Aussteigers Drewitz bleibt unversehrt. Bis heute sind die Täter unbekannt. Auf Grund akuter Bedrohung vermittelt der Bürgermeister Vera G. eine neue Wohnung in der Steinfurther Straße, nicht ohne ihr den väterlichen Rat zu geben, „doch lieber Eberswalde Richtung Berlin oder Westdeutschland zu verlassen". Zwei Tage nach ihrem Umzug bezieht Tristan Drewitz ebenfalls eine neue Wohnung – in der Nachbarschaft Vera G's.

Hartnäckig verschließt die Bevölkerung Eberswalde-Finows die Augen vor den rassistischen Übergriffen. Früher waren die Schwarzen Zielscheiben des Hasses und der Gewalt, nach der Abschiebung in ihre Heimat sind es die zurückgebliebenen Lebensgefährtinnen mit ihren Babys und Kleinkindern. Nach dem ersten Schreck über den „Unfall", wie Bürgermeister Rainer Gruzialewski den Mord an Amadeu bezeichnet, ist wieder der gewohnte, kleinbürgerliche Alltag in die Provinzstadt eingekehrt. Pastor Martin Appel, der viele der Jungnazis aus Zeiten der evangelischen Jugendgruppe kennt: „Genauso schlimm wie dieser Mord ist die stillschweigende Zustimmung vieler Erwachsenen zu den ausländerfeindlichen und rassistischen Parolen, die ihre Kinder jede Nacht in unserer Stadt rufen." Parolen, die Frauen wie Gaby, Roswitha und Renate, die seit Monaten wie Gefangene in ihren Wohnungen leben, gelten. „Mit unseren Kindern können wir nicht spazierengehen, da wir jederzeit mit Übergriffen rechnen müssen." Es ist ihnen unmöglich, mit ihren wenigen farbigen Freunden, die heute noch in Eberswalde leben, auszugehen. Immer wieder tauchen Kleingruppen von Neonazis in der Nähe des Hauses auf, brüllen „Heil Hitler" und „Wir kriegen euch Negerhuren noch."

Eberswalde-Finow ist im Begriff, zur ersten „ausländerfreien" Industriestadt des vereinten Deutschlands zu werden. Keine der Lebensgefährtinnen Farbiger möchte in der Stadt bleiben. Sie fühlen sich wie Aussätzige und Gebrandmarkte in ihrer Heimat, Opfer einer neuen Hexenjagd. Die ersten sind bereits Richtung Westdeutschland abgewandert. Schutz oder gar moralische Unterstützung haben sie von niemanden erfahren und auch nicht zu erwarten. Kommentar des Bürgermeisters, als er erfuhr, daß die Lebensgefährtin Amadeus nach Morddrohungen Ende Juni Hals über Kopf aus ihrer Heimatstadt floh: „Ich denke, es ist das Beste für sie. Hier hat sie doch keine Zukunft mehr."

Nachtrag: Vor wenigen Tagen wurde Tristan Drewitz, Kopf des „Deutschen Völkischen Bundes", inhaftiert. Er wurde bei dem Versuch, einem Deutschen eine „Jacke abzuziehen", auf frischer Tat ertappt.



IN GEWALT GEGEN AUSLÄNDER äußern sich die gedanklichen Verirrungen der Neonazis am häufigsten: In Frankfurt/Oder wurde nach Abschaffung der Visumpflicht der Bus einer polnischen Reisegruppe attackiert. Foto Labes

aus: Tagesspiegel, 20.7.91, S.3

aus: Stern, Nr.29, 11.7.91, S.24-30

Auch wenn die Polizei auf dem Roten Platz erscheint, legen die Rechtsradikalen ihre Waffen nicht ab

In der ehemaligen DDR gibt es 2000 aktive Rechtsradikale, 15 000 Sympathisanten und eine Polizei, die dem Terror tatenlos zuschaut. In Eberswalde zum Beispiel können Neonazis praktisch machen, was sie wollen

SIEG HEIL IM OSTEN

Von Andreas Borchers
und Ludwig Rauch (Fotos)

Der dünnschißgelbe Trabbi ist schon von weitem zu hören, knatternd, röhrend, hupend. Als ginge es zum Crashtest, schleudert der Wagen auf den Parkplatz hinter dem Jugendclub »Zum Specht«, aus dem Seitenfenster weht eine Deutschlandflagge mit der Aufschrift »SS – Sieg Heil«.

Die Türen fliegen auf. Auftritt Schulle, 29, Kuli, 23, und Rocco, 23, alle im Ausgehanzug: Bomberjacke und Springerstiefel. Die drei sind auf der Suche nach Amusement, von A wie Alkohol bis Z wie Zoff. Im Club warten bereits ein paar »Kameraden« mit Bierflaschen und der entscheidenden Frage: Wo kann man nachher noch ein paar Linke aufmischen? Ausländer, sagt Schulle, der in Berlin auf dem Bau arbeitet, wären ihnen ja lieber. Aber die sind fast alle weg. »Wegen uns!«

Ein typischer Freitagabend im brandenburgischen Eberswalde, einem Städtchen 50 Autominuten nordöstlich von Berlin. Die Abendsonne hat die Betonwüste namens Max-Reimann-Viertel in mildtätiges Zwielicht getaucht. Fünfstöckige Wohnsilos, so weit man blickt. 18 000 Menschen sind hier untergebracht, ein Drittel der Eberswalder Bevölkerung plus ein paar Sowjets, deren Wohnungen man an Spanplatten vor den eingeworfenen Fenstern erkennt. Arbeiterintensivhaltung. Wer hier nicht verrückt wird, kann nicht ganz normal sein.

Am Wochenende tanzen, saufen oder prügeln sich die Jugendlichen im »Specht« den Frust von der Seele. Der Flachbau ist so groß wie ein halbes Fußballfeld und so heimelig wie eine Bahnhofshalle. Ein paar Teenies rappen im Dreivierteldunkel. »Ice, Ice, Baby.«

Plötzlich wechselt die Musik. Etwa 30 Glatzen und Bomberjacken stürmen die Tanzfläche, heben den Arm zum Hitlergruß und stampfen los zum monotonen Beat der Hardcore-Version von »Zehn kleine Negerlein«. Den Refrain krakeelen alle mit: »Husch, husch, husch – Neger in den Busch.«

Die folgenden Lieder stehen allesamt auf dem Index, der Discjockey weiß es. Er weiß aber auch: Weigert er sich, die Fascho-Cassetten zuspielen, kann er seine Anlage abschreiben. Die ist ihm einmal zertrümmert worden, das reicht. Und die Polizei? Der junge Mann zieht die Mundwinkel abfällig nach unten. »Die VP«, sagt er, »kommt natürlich, wenn man sie ruft. Aber immer erst, wenn alles vorbei ist.«

Draußen steht Andreas Berein am Geländer. Auf die Fingerrücken seiner rechten Hand sind die Buchstaben H-A-S-S tätowiert, an der Jacke trägt er einen Button »Apartheid – was sonst«. So emotionslos, als verläse er die Wasserstandsmeldung, erzählt der 19jährige Elektromaschinenbauer, wie sie den »Schwatten plattgemacht« haben. »Der ist erst mit dem Baseball-Schläger niedergeknüppelt worden. Dann kam der Kopf auf die Bordsteinkante, und da wurde« – Andreas Berein geht in die Hocke und schlingt die Arme um die Knie – »so mit voller Wucht draufgesprungen.«

Das ist keine rechtsradikale Prahlerei, sondern brutale Realität in Deutschland-Ost. Andreas Berein war dabeigewesen am 24. November 1990, als in Eberswalde die neonazistische Hatz auf Ausländer in der Ex-DDR das erste Todesopfer forderte, den 28 Jahre alten Angolaner Antonio Amadeu.

An jenem Samstag eskalierte die Gewalt, Schritt für Schritt, Stunde um Stunde. Zehn Neonazis aus dem Kreis Angermünde waren angerückt, um sich mit Eberswalder »Kampfgefährten« in der Wohnung von Tristan Dewitz zu treffen. Der 21jährige gelernte Maler plante gerade die Gründung eines »Deutschnationalen Bundes«, dessen »Spezialität nicht etwa politische Auseinandersetzungen, sondern ideologische Kriegsführung, verbunden mit militärischen Aktionen, ist«, wie es in einem von Dewitz mit ausgearbeiteten Thesenpapier heißt.



Mit Hitlergruß, Reichskriegsflagge und ausländerfeindlichen Aufklebern knattern die rechten Radaubrüder im Trabbi durch Eberswalde

Die erste »Aktion« lief am frühen Abend. Die Bande fuhr mit dem Bus zum Marktplatz, demolierte und plünderte den Imbißwagen eines türkischen Kebab-Verkäufers. Danach ging's in die Disco »Rockbahnhof«. Dort beschlossen die Neonazis, inzwischen rund 30 Mann stark, zum »Hüttengasthaus« zu ziehen. Es ist die einzige Kneipe in Eberswalde, in der Ausländer – einst als Gastarbeiter und Studenten aus sozialistischen Brudervölkern ins Land geholt – auch nach der Wende willkommen sind. Auf dem Weg dorthin vermöbelten sie willkürlich Passanten und droschen mit Baseballkeulen auf geparkte Autos ein. Die Polizei folgte, ohne einzugreifen, im Sicherheitsabstand.

Den hielt sie auch ein, als es kurz vor Mitternacht beim »Hüttengasthaus« zur Schlacht kam. 30 mit Keulen, japanischen Kampfhölzern, Fahrradketten und Messern ausgerüstete Rechtsradikale gegen vier unbewaffnete Angolaner. Der erste konnte fliehen. Der zweite wurde mit einem Baseballschläger niedergestreckt. Der dritte bekam mehrere Messerstiche in den Bauch und blieb schwerverletzt liegen. Der vierte, Antonio Amadeu, starb tags darauf an den Folgen von Tritten und Schlägen. Sechs bis acht Neonazis hatten auf ihn eingedroschen, auch noch, als er regungslos am Boden lag.

Man könnte die Art und Weise, wie Antonio Amadeu getötet wurde, Mord nennen. Die Beweggründe waren niedrig. Zumindest müßte man es Totschlag nennen oder, allerwenigstens, Körperverletzung mit Todesfolge. Die Anklage aber wird wohl nur auf Landfriedensbruch und Beteiligung an einer Schlägerei lauten. Vor Gericht verantworten müssen sich wahrscheinlich nur vier der Täter, allen voran der 20jährige Gemeindearbeiter Kay-Nando Böcker, der bei seiner Vernehmung ungerührt zu Protokoll gab: »Deutschland gehört den Deutschen, die Ausländer müssen verschwinden.«

»Wir stehen vor einem gewaltigen Problem«, erklärt Staatsanwalt Wolfgang Grabka, weshalb nur vier der Schläger angeklagt werden. »Wir müssen jedem einzelnen seinen genauen Tatbeitrag nachweisen, also konkret sagen können: Dieser Schlag hat zu dieser Verletzung geführt.« Schwierig genug, und noch schwieriger geworden, weil sich »die Beteiligten leider gegenseitig entlasten«. Und die Polizisten, die alles beobachtet haben? Grabka bemüht sich sichtlich um vorsichtige Formulierungen. »Von denen«, sagt er, »haben wir leider kaum konkrete Aussagen.« Vielmehr sei durch eine »gewisse Unerfahrenheit beim Zugriff« die Aufklärung »sogar erschwert« worden.

Diese »gewisse Unerfahrenheit« hatte Horst Schulz, der Besitzer des »Hüttengasthauses«, schon zwei Monate vor dem Mord an Amadeu kennengelernt. Irgendwann im September, es war gegen Mitternacht, der Laden »rappelvoll«, kam ein Anruf von der Polizeiwache: »Sichern Sie Ihr Objekt. Da sind 40, 50 Skinheads im Anmarsch.« Schulz, 59, ließ die Rollos runter und drehte die Musik leise.

Nach einer Stunde aber konnte er seine Gäste, in der Mehrzahl Schwarze, nicht mehr zurückhalten. »Der erste, der rausging, kriegte gleich einen Baseballschläger vor den Bauch. Der hat sofort gekotzt. Dann ging das Gebrüll los: ›Negerschweine, Negerschweine.‹ Und die Polizei stand da mit ihren Wagen. Die haben sich das nur angeguckt.«

Ist es da ein Wunder, daß Eberswalder Neonazis fast ins Schwärmen geraten, wenn sie von der Polizei reden? »Früher«, sagt Rocco, dessen Körper mit Tätowierungen übersät ist, »haben sie uns die Türen eingetreten und die Fresse poliert. Jetzt lecken sie einem bald den Arsch ab.« Und Tristan De-

In Eberswalde herrscht Rechtlosigkeit. Die Neonazis attackieren auch ungestraft die Polizei. Und wenn sie einmal angegriffen werden, regeln sie die Sache selbst

witz erzählt von einem Polizisten, »der uns Tips gegeben hat, wo und wann die Bullen auftauchen«.

»Hm, hm. Jaaa.« Doch, das könne schon wahr sein, sagt Kriminalrat Hartmut Müller, Leiter der Eberswalder Kripo. »Aber der Polizist hat inzwischen gekündigt.« Auch kann sich der 52jährige vorstellen, daß der eine oder andere klammheimlich Sympathien für die rechte Szene hat: »Sie wissen ja, daß die Republikaner bei der Polizei stark vertreten sind.«

Ansonsten aber ist Müller stolz auf seine Leute: »Wir haben den Übergang zur neuen Rechtsordnung relativ gut gepackt, mit Krafteinsatz und Elan. Jawoll!« Und sein Kollege Eberhard Herrmann, 46, glaubt gar, das Problem Rechtsradikalismus (»Da gibt's nur vereinzelt Zwischenfälle«) voll im Griff zu haben: »Wir kennen unsere Pappenheimer und sind wegen starker Kräftekonzentration in der Lage, entsprechend zu handeln.«

Die Realität: Mitte Juni fahren zwei Streifenwagen am Roten Platz vor, wo Tristan Dewitz und einige »Kameraden« wohnen. Die Polizisten suchen einen Fahrerflüchtigen, der mit einem geklauten Auto in ein Schaufenster gedonnert ist. Sie finden ihn: Der Mann hat keinen Führerschein, ist stockbesoffen und der Polizei von ähnlichen Straftaten gut bekannt.

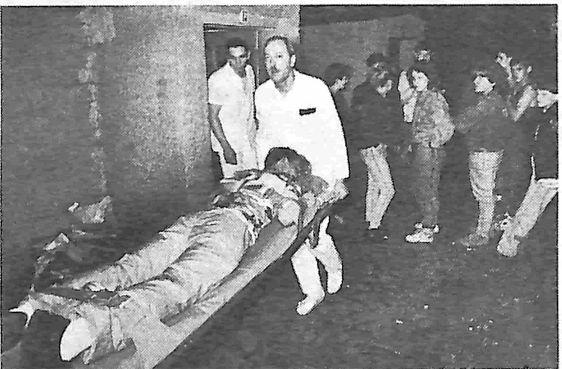
Als die Beamten ihn mitnehmen, rasten rund 15 Neonazis aus. Sie zerbeulen die Polizeiwagen mit Baseballschlägern. Danach ziehen sie vors Revier und fordern die Herausgabe ihres Freundes. Nach zwei Stunden ist es soweit. Der Freigelassene verabschiedet sich mit den Worten »Tschüß, bis zum nächsten Mal«.

Eberswalde im Sommer 1991, sieben Monate nach dem Mord an Antonio Amadeu. Neonazis brettern mit ihren »Kampfpappen«, tarnfarben gestrichenen Trabbis, durch die Stadt, schwenken die Reichskriegsflagge und brüllen »Heil Hitler«. Einem 15jährigen Mädchen wird auf dem Weg in die Disco mit einer Gaspistole aus nächster Nähe ins Gesicht geschossen. Zehn Skinheads verprügeln auf dem belebten Marktplatz Vietnamesen, die geschmuggelte Zigaretten verkaufen, und »konfiszieren« die Ware. Im nahen Durchgangslager Althüttendorf bedrohen Rechtsradikale die Asylbewerber mit Schreckschußpistolen. Am Roten Platz wird Neonazi René, 19, überfallen, gewürgt und mit einem Messer in den Rücken gestochen – offenbar ein Racheakt. Die Truppe hatte kurz zuvor jemanden kräftig vermöbelt. Wen, will René nicht sagen, auch der Polizei nicht. Solche Sachen macht man unter sich aus.

Konsequenzen: keine. Prinzip: Augen zu und durch. Vergessen, verdrängen, verharmlosen. Am besten nichts sehen, nichts hören, nichts tun. Und Schuld abschieben.



René hält seinem Freund Kuli (mit Gasmaske) eine Waffe an den Kopf

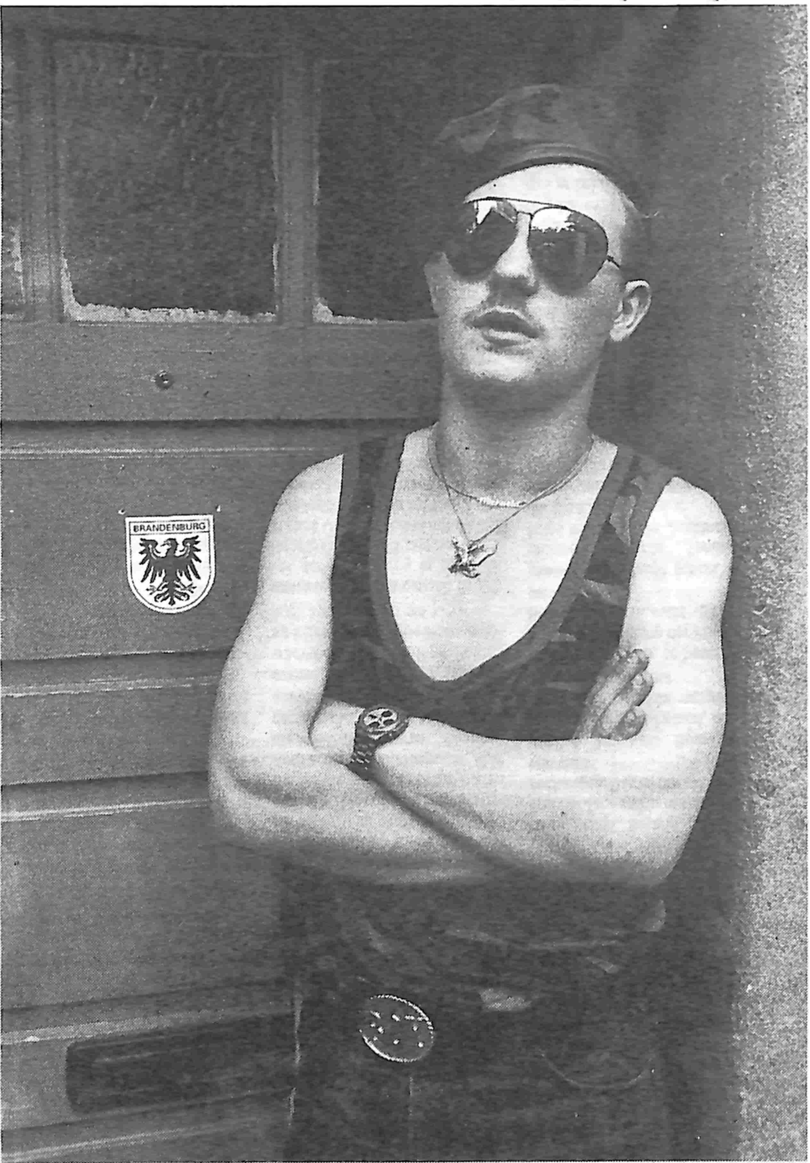


Mit einem Messerstich im Rücken wird René ins Krankenhaus gebracht



Die Polizei befragt Neonazi-Führer Tristan Dewitz und Kameraden

»Wir haben doch auch Angst«, sagt Polizeiobermeister Werner Klawitter. »Wenn wir uns zu sehr mit den Rechten anlegen, rächen die sich vielleicht an unseren Familien.« Und außerdem hätten die Polizisten langsam die Schnauze voll: »Wenn wir mal einen festnehmen, müssen wir ihn gleich wieder laufenlassen, weil die Staatsanwaltschaft schleppend arbeitet.« Staatsanwalt Wolfgang Grabka dagegen behauptet, ihm liege keine einzige Anzeige gegen Neonazis vor. »Bei uns ist nichts strafrechtlich Relevantes aufgelaufen.« Aber das ist nur eine Merkwürdigkeit in einer an Merkwürdigkeiten reichen Stadt.



Neonazi René Scheffler, 19, arbeitslos

Im »Stettiner Hof« steht Jürgen Maluschke hinterm Tresen und läßt Pils für die Nachmittagszecher in die Gläser zischen. Gäste aus der rechten Szene sind bei ihm willkommen. »Das sind alles anständige Jungs«, sagt der Kneipier. »Für die lege ich meine Hand ins Feuer.« Na ja, daß da ein Ausländer totgeschlagen wurde, finde er auch nicht in Ordnung. Das habe er den »Jungs« auch gesagt. Und daß sie lieber mal was machen sollten, womit sie Anerkennung bei der Bevölkerung finden: »Es gibt doch jetzt so viele Einbrüche. Legt euch nachts mal auf die Lauer, schnappt ein paar Gangster, bindet sie an einen Baum und hängt ihnen ein Schild um: ›Ich bin ein Verbrecher.‹ Das würde den Leute gefallen.«

Ach ja: Jürgen Maluschke, Jahrgang 1940, ist Mitglied der FDP.

Im Keller seines Hauses direkt an der Hauptstraße betreibt Uwe Ender einen »Military Shop«. Neben Jagdgewehren bietet er vor allem Gas- und Schreckschußpistolen feil. Und Bücher vom Kaliber »Adolf Hitler aus nächster Nähe« sowie Aufnäher »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«. Bis zu 20 000 Mark setzt Ender monatlich um, »für so eine kleine Stadt eine ganze Menge«. Ist ein Artikel nicht vorrätig, kein Problem. »Ich bestelle, was die Kunden verlangen. Und wenn sie was von Adolf Hitler verlangen, besorge ich es eben auch. Wenn die Leute bei mir nicht bekommen, was sie wollen, holen sie es sich doch woanders.«

Ach ja: Uwe Ender, 45 Jahre, war früher mal Genosse und im Rat des Kreises zuständig für Sicherheit.

In der 8. Oberschule führt Karin Griebner – hochgeschlossene weiße Bluse, zurückgekämmtes Haar, strenge Hornbrille – ein liberales Regiment. Bei ihr dürfen Schüler jetzt ihre Meinung laut und frei sagen. Wie der 15jährige Marco: »Den Nigger-Mord find' ich gut. Ohne Gewalt geht's manchmal nicht.« Oder wie Dennis, ebenfalls 15: »Wenn die Ausländer nicht abhauen, müssen wir eben wieder KZs bauen.« Na ja, sagt die Frau Direktorin, die Jungen hätten wenigstens gelernt, ihre Ansichten zu artikulieren. »Das muß man akzeptieren. Die Hauptsache ist doch, daß meine Schule läuft.« Und schließlich, sagt sie, habe sich »auch unsere eigene Einstellung geändert. Manche Asylanten treten so frech und arrogant auf, das kann man doch nicht hinnehmen«.

Ach ja: Karin Griebner, 40 Jahre, war mal als SED-Mitglied erklärte Antifaschistin und für Völkerfreundschaft.

Ein ganz normaler Samstagabend in einer ganz normalen deutschen Kneipe, dem »Keglerheim«. Irgendwie haben sich zwei Schwarze hierher verirrt. Sofort hebt am Stammtisch Geschrei an. »Macht, daß ihr rauskommt, ihr Af-

Fortsetzung

fen!« Detlev, 25 Jahre und momentan so blau wie blond, klatscht demonstrativ die Faust in seine linke Pranke und grölt: »Sonst setzt's was, Negersäue! Das ist eine deutsche Kneipe.« Die beiden verschwinden.

Als Fotograf Ludwig Rauch für den STERN Bilder von den Stammtischlern machen will, schnellen sofort drei Arme zum Hitlergruß in die Höhe, und drei Leute brüllen: »Für Führer, Volk und Vaterland.« Nach weiteren Tiraden gegen die »Scheiß-Schwatten« wendet eine Frau schüchtern ein: »Aber es gibt doch kaum noch welche hier.« Detlevs Antwort: »Noch genug. Aber die kriegen wir alle weg.«

Jorge ist einer der wenigen Ausländer, die in Eberswalde geblieben sind; vor der Vereinigung waren es mehr als 2000. Seinen ganzen Namen will der 27jährige Angolaner nicht nennen. Er hat Angst. »Man muß aufpassen«, sagt er. »Auf der Straße gehe ich Leuten, die ich nicht kenne, aus dem Weg. Früher war das anders hier.« Jorge arbeitet in der Fleischwarenfabrik, zerlegt im Zwei-Schicht-System Schweine. Ein harter Job. Aber wenn ihn jemand fragt, ob er Arbeit habe, sagt er nein. Vorsichtshalber. »Denn sonst gibt es Probleme.«

Ein ganz normaler Nachmittag in einer leider nicht ganz so normalen deutschen Kneipe. Horst Schulz, der Wirt des »Hüttengasthauses«, stützt den Kopf in die Hände. »Jetzt habe ich auch schon Angst«, sagt er. »Aber wer hat hier keine Angst? Es herrscht ja Gesetzlosigkeit. Sehen Sie, diese Rechtsradikalen, die den Amadeu umgebracht haben, die kriegen vielleicht drei, vier Jahre, dann kommen sie raus aus dem Knast und stechen den nächsten ab.« Seine Augen blicken müde. 

»EIN POLIZIST TUT SICH DA SCHWER«

Der STERN sprach mit dem sächsischen Innenminister Rudolf Krause über das lasche Vorgehen der Ordnungshüter gegen brutale Neonazis

STERN: Herr Minister Krause, wie ist es eigentlich um Ihre Sehstärke bestellt?

KRAUSE: Die ist gut. Wieso?

STERN: Weil man manchmal den Eindruck hat, sie seien auf dem rechten Auge blind.

KRAUSE: Ich denke, ich habe, auch politisch gesehen, weder rechts noch links Trübheits-Erscheinungen. Allerdings sind unsere Erfahrungen im Freistaat Sachsen mit der linken Szene ausgeprägter, denn wir hatten ja in der Vergangenheit ein links orientiertes System. Was sich am rechten Rand des politischen Spektrums tut, hat es in den alten Bundesländern aber schon immer gegeben.

STERN: Mit einem Unterschied. Die Ost-Faschos sind weitaus brutaler.

KRAUSE: Das stimmt zwar. Von der Zahl her gesehen haben rechtsextremistische Positionen bei uns aber nicht mehr Anhänger als im Westen. Das wird von den Medien bedauerlicherweise alles sehr hochgespielt.

STERN: Schuld sind also mal wieder die Überbringer der schlechten Nachricht und nicht deren Verursacher?

KRAUSE: Sie und Ihre Kollegen geben diesen Leuten doch erst die Möglichkeit zur Selbstdarstellung.

STERN: Und Sie haben Mitte Juni einen als Trauermarsch getarnten Neonazi-Aufzug in Dresden geduldet.

KRAUSE: Da kann man immer nur zwischen zwei Übeln wählen: den Marsch zu untersagen und damit Ausschreitungen in Kauf zu nehmen oder die Erlaubnis für die Demonstration zu geben. Ich finde, wir haben da eine gute Entscheidung getroffen. Es gab an diesem Tag keine Vorkommnisse.

STERN: Die Polizei hatte angekündigt, den Aufmarsch aufzulösen, wenn der Hitlergruß gezeigt würde. Trotzdem geschah das massenhaft, ohne jede Konsequenz. Macht sich der Staat, wie Neonazi-Führer Heinz Reisz triumphierte, so nicht lächerlich?

KRAUSE: Nein. An dem Einsatz waren auch Kräfte aus Bayern und Baden-Württemberg beteiligt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die sich lächerlich machen.

STERN: Die rechte Szene in Ostdeutschland ist straff organisiert, sie geht über Leichen ...

KRAUSE: Welche meinen Sie denn?

STERN: Zum Beispiel den Mosambikaner Gomondai, den Skinheads in Dresden kopfüber aus einer Straßenbahn warfen.

KRAUSE: Da will ich allerdings festhalten, daß daran offensichtlich auch Leute aus dem Hessischen beteiligt waren. Im Westen gibt es auch Überfälle auf Asylantenheime. Ich möchte das in einer richtigen Relation sehen wollen.

STERN: Also verharmlosend wie immer?

KRAUSE: Das ist nicht verharmlosend. Ich finde nur, das Interesse der Öffentlichkeit konzentriert sich ein bißchen zu einseitig auf Sachsen. Gut, hier gibt es rechtsextreme Aktivisten und einen harten Kern von 300, 400 Neonazis. Aber die Führungsfiguren kommen nachweislich aus der Altbundesrepublik.

STERN: In den letzten Monaten wächst die Kritik an Ihrer Polizei, sie lasse Neonazis gewähren, empfinde Sympathie für sie.

KRAUSE: Also noch einmal: Es gab vor der Vereinigung in der alten Bundesrepublik 70 rechtsextremistische Organisationen mit 40 000 Mitgliedern. Und da kam auch niemand auf den Gedanken, an der Einsatzfähigkeit und Lauterkeit der Polizei zu zweifeln. Zweitens hat unsere Polizei einen gewaltigen Aderlaß erfahren, und sie war nie dafür ausgebildet, auf der Strecke Rechtsextremismus wirksam zu werden.

STERN: Und deshalb durften Neonazis bei Ihnen zum Beispiel Hütchenspieler festnehmen und in Handschellen abführen? Und die Polizei spielte dabei auch noch mit.

KRAUSE: Ich weiß, daß der eine oder andere Fall vorgekommen ist. Aber was heißt da mitspielen?

STERN: Die Polizei nahm die Hütchenspieler in Gewahrsam und ließ die Neonazis laufen, die sich unter anderem der Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung schuldig gemacht hatten.

KRAUSE: Wenn das vorgekommen ist, muß man das als Fakt erst mal annehmen. Wir möchten, daß das umgekehrt läuft, daß die Polizei Festnahmen vornimmt. Im übrigen finde ich es nicht gut, wenn man von außen kluge Ratschläge gibt.

STERN: Dann nehmen wir mal eine sächsische Stimme. Die Dresdner Ausländer-Beauftragte Marita Schieferdecker-Adolph sagt, sie habe eine »Stinkwut« auf die Polizei, weil Anzeigen von Ausländern nicht bearbeitet würden.

KRAUSE: Davon weiß ich nichts. Das glaube ich auch nicht.

STERN: Gilt das auch für verschleppte Ermittlungen?

KRAUSE: Welche denn?

STERN: Als Skindheads in Zittau ein Heim für Tschernobyl-Kinder überfallen hatten, begann die Polizei erst vier Tage später mit den Untersuchungen. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

KRAUSE: Ich habe Ihnen doch schon gesagt: Ein Polizist, der auf dieser Strecke nicht ausgebildet ist, tut sich da schwer.

STERN: Mit Verlaub, so beschissen kann die Ausbildung der Polizei im SED-Staat auch nicht gewesen sein.

KRAUSE: Das stimmt schon. Aber rechtsextremistische Tendenzen fielen immer in die Zuständigkeit der Stasi.

STERN: Und mit der hatten die Polizisten ja nie was zu tun ...

KRAUSE: Deshalb verändern wir ja gerade die Strukturen. Es sind schon eine ganze Reihe von Leuten entlassen worden.

STERN: Ihr Regierungschef Kurt Biedenkopf hält den Rechtsradikalismus nur für eine »Randerscheinung der Umbruchsituation«. Sehen Sie das ebenso?

KRAUSE: Na ja, in der alten Bundesrepublik hat er sich auch Jahrzehnte gehalten. Aber ich fürchte nicht, daß er bei uns zu einem dominierenden Element wird.

Das Gespräch führten die STERN-Redakteure Andreas Borchers und Dieter Krause.

aus: Stern, Nr.29, 11.7.91, S.30

Eberswalde sträubt sich gegen sein neonazistisches Image – doch die „Normalität" in der brandenburgischen Stadt schreit zum Himmel

„Das kann doch überall passieren . . ."

Von CHRISTOPH SEILS

In Eberswalde zum Beispiel können Neonazis praktisch machen was sie wollen", schrieb der „Stern" vor einigen Wochen. Die Stadt ist ins Gerede gekommen. „Der Artikel ist sehr reißerisch und stellt die Situation in Eberswalde vollkommen falsch dar," so der Stellvertretende Bürgermeister von Eberswalde-Finow, Christian Trill. In der Stadtverwaltung habe man beschlossen, zu dem „Stern"-Artikel nicht Stellung zu nehmen. „Bei solchen Berichten müssen die Leute ja denken, sie seien ihres Lebens nicht sicher, wenn sie nach Eberswalde fahren. Ich will die Vorfälle nicht verharmlosen. Ende vergangenen Jahres hatten sich die Auseinandersetzungen mit Neonazis zugespitzt. Aber inzwischen ist es wieder ruhig."

Wenn es die sensationsgierigen Journalisten aus dem Westen nicht gäbe, so möchte man glauben, wäre Eberswalde eine ganz normale Stadt. „Woanders sind die Rechten viel schlimmer als in Eberswalde", ist ein Argument, das immer wieder angeführt wird. Das hört sich nach Ausrede an.

In der Tat geht das Leben in Eberswalde seinen gewohnten Gang. Aber überall, wo man an dieser unschuldigen Fassade kratzt, trifft man auf Widersprüche. Spürbar ist die Zurückhaltung gegenüber Journalisten. Bloß keine negativen Schlagzeilen mehr. Nicht zu übersehen ist das hektische Bemühen, etwas gegen die rechten Gruppen zu unternehmen. Allerdings wird auch verharmlost, gedeckt und verschwiegen. Mit falsch verstandener Hilfe werden die Neonazis unterstützt.

Als hätte es in Eberswalde nicht einen rassistischen Mord gegeben: Am 24. November 1990 wurde in Eberswalde der Angolaner Amadeu Antonio erschlagen. Er war das erste Todesopfer rassistischer Überfälle von Neonazis in der Ex-DDR. Nachdem sie zwei Stunden durch die Stadt gezogen waren und einen türkischen Imbißwagen überfallen hatten, versammelten sich 20 bis 30 Neonazis in einer Kneipe und begaben sich von dort zum „Ausländer klatschen" vor den Hüttengasthof – die einzige Kneipe in Eberswalde, in die Ausländer sich noch trauen. Mit Baseballschlägern, Messern und Fahrradketten gingen die Neonazis vor dem Eingang auf eine Gruppe Mozambiquaner und Angolaner los.

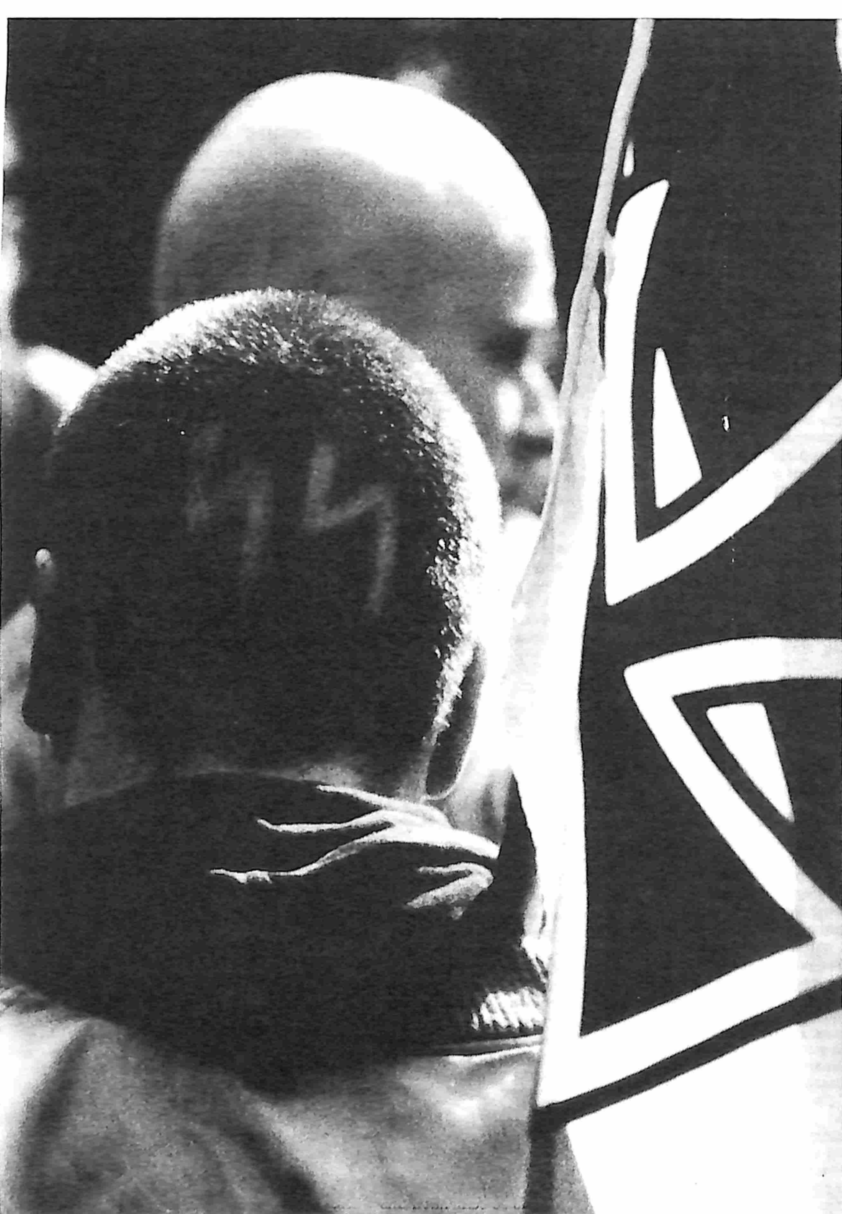


Foto: ZB/Hirschberger

Bleiben die Mörder unbehelligt?

Die Polizisten, die ohne einzugreifen die Gruppe den ganzen Abend begleitet hatten, betrachteten, so berichten Augenzeugen, auch den Überfall nur aus der Ferne. „Wir lassen uns doch nicht für einen Neger die Köpfe einschlagen", sollen sie die Aufforderung einzugreifen kommentiert haben. Als die Neonazis abgezogen waren, so berichtet Vera, die Freundin von Amadeu, lehnten es die Polizisten mit den Worten „Der schläft nur" ab, einen Krankenwagen zu rufen. So dauerte es drei Stunden, bis der schwerverletzte Angolaner ins Krankenhaus transportiert wurde. Antonio Amadeu erwachte nicht mehr aus dem Koma und starb drei Wochen später.

Vera hat vor vier Wochen Eberswalde verlassen und wohnt jetzt in Westdeutschland. Die ständige Bedrohung konnte und wollte sie nicht länger ertragen. Einen Monat nach dem Mord an ihrem Freund wurde der gemeinsame Sohn geboren. Sie wurde als „Negerschlampe" beschimpft, die Neonazis drohten, ihr den Sohn wegzunehmen. Nachdem sie im Fernsehen den Mord geschildert hatte, wurde ihr Kinderwagen mit Hakenkreuzen beschmiert, sie erhielt Morddrohungen. Aus Angst hielt sich Vera daraufhin fast ausschließlich in ihrer Wohnung auf und verließ das Haus nur noch durch den Garten. Sie beschuldigt die Polizei der offenen Sympathie mit den Neonazis. So sei ihr Bewachung verweigert worden. Darüberhinaus decke, so Vera, die Polizei die Mörder Amadeus. Der Anführer der Neonazis zum Beispiel, Tristan Dewitz, nach verschiedenen Aussagen einer der Haupttäter, bleibe unbehelligt.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen insgesamt sechs bis acht Täter, wobei die beiden angeblichen Haupttäter in Untersuchungshaft sitzen. Bislang wurde lediglich wegen Landfriedensbruch und Beteiligung an einer Schlägerei ermittelt. Doch nachdem die Gewalttat in den Medien für Aufsehen gesorgt hatte, soll nun zumindest wegen Körperverletzung mit Todesfolge geklagt werden. Angesichts eines glatten Mordes kommen die Täter damit recht gut weg. Im September soll der Prozeß gegen die Mörder von Amadeu beginnen. Schon jetzt mobilisieren die Neonazis Gleichgesinnte zu diesem Prozeß und bedrohen mögliche Zeugen. Einige sind so eingeschüchtert, daß sie vor Gericht keine Aussagen machen wollen.

Deutlich kritisiert der zuständige Staatsanwalt Grapka die Polizei. *„Durch einen rechtzeitigen ordentlichen Zugriff hätten die Tat wohlmöglich verhindert oder wenigstens die Täter zweifelsfrei ermittelt werden können. Im Nachhinein ist es dagegen schwierig, den Verdächtigen eine konkrete Tatbeteiligung nachzuweisen."* Das Verhalten der Polizei, so Grapka, sei Ausdruck der Unsicherheit der Polizisten. Von Sympathien zwischen den Neonazis und der Polizei wisse er nichts. Allerdings habe er aufgrund des „Stern"-Artikels ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung im Amt eingeleitet. Der „Stern" hatte berichtet, daß die Polizei einen Neonazi, den sie unter anderem wegen Diebstahl und Trunkenheit am Steuer festgenommen hatte, auf Druck seiner Kameraden wieder laufen ließ.

Andere Ermittlungsverfahren der Kriminalpolizei mit neonazistischem Hintergrund sind dem Staatsanwalt nicht bekannt, aber aufgrund von Veröffentlichungen in den Medien hat er von sich aus weitere Strafverfahren eingeleitet. Die Tatsache, daß der Staatsanwalt durch die Medien besser informiert wird als durch die Polizei, gibt schon zu denken.

Der Leiter der Polizeidienststelle Eberswalde, Polizeirat Wolf, weist alle diese Vorwürfe zurück. „Die Polizei hat am 24. November alles ihr Mögliche getan, um Straftaten zu verhindern." Unmittelbar nachdem der Polizei der Plan der Neonazis, den Hüttengasthof zu überfallen, bekannt geworden war, habe man alle verfügbaren Polizeikräfte (31 Mann) aus Eberswalde sowie Bernau zusammengezogen. Unmittelbar vor dem Hüttengasthof sei es auch gelungen, die beiden Gruppen voneinander zu trennen. Was sich jedoch in einiger Entfernung abgespielt habe, sei nicht kontrollierbar gewesen. Im Vorfeld habe kein Anlaß zum Eingreifen bestanden, da der Gruppe keine Straftaten zugeordnet werden konnten. Auch bei anderen Gesetzesverletzungen sei die Polizei immer den Vorschriften entsprechend vorgegangen. Für den Polizeirat sind es einfach Kriminelle. „Das rechtsradikale Image dient nur der Publizität. Sympathie für die Neonazis gibt es unter den Polizisten nicht," versicherte der Polizeirat.

Kontakte zu Ausländern gibt es nicht

Die scheinbare Ruhe in der Stadt verhindert nicht, daß sich Ausländer weiterhin bedroht fühlen und angegriffen werden. Es scheint niemanden zu stören, wenn die Neonazis rassistische Parolen brüllend, die Hand zum Hitlergruß gesteckt durch die Stadt ziehen. Der letzte bekannt gewordene Vorfall liegt noch nicht lange zurück. Asylbewerber wurden aus einem Auto gezerrt, die Autoreifen wurden zerstochen. Aber die Liste der Angriffe auf Ausländer ist lang.

Auch die PDS war zweimal in Auseinandersetzungen mit Neonazis verwickelt. Im Herbst wurde eine Wahlkampfveranstaltung mit dem Brandenburger Landesvorsitzenden Lothar Bisky von 40 Neonazis gestört, und im März mußte eine Kundgebung gegen den Golfkrieg wegen Störungsdrohungen abgebrochen werden. „In beiden Fällen," so berichtet ein Mitarbeiter der PDS-Geschäftsstelle, „sind die Neonazis gut organisiert und mit Funkgeräten ausgestattet aufgetreten."

Von früher über 800 ausländischen Arbeitern wohnen noch 15 Angolaner und Mozambiquaner sowie 50 Vietnamesen in der Stadt. Darüberhinaus leben zwischen 6 000 und 25 000 sowjetische Soldaten und Familienangehörige in Eberswalde. Genauer kann oder will es keiner sagen. Die sowjetischen Soldaten und ihre Familien leben in Eberswalde vollkommen isoliert. Noch vor einem halben Jahr wohnten rund 100 Afrikaner in Eberswalde, aber alle, die nicht mit einer deutschen Frau verheiratet oder fest liiert sind, haben die Stadt verlassen. Nicht alle hätten ausreisen müssen, denn obwohl sie arbeitslos waren, hätten sie noch bis zum Auslaufen der jeweiligen Regierungsabkommen in Deutschland bleiben können. Wegen der zahlreichen Überfälle trauen sich die Dagebliebenen kaum noch auf die Straße. Auch ihre Frauen werden bedroht und angegriffen.

Die Vietnamesen leben in einem Wohnheim der Reichsbahn. Auch sie sind arbeitslos. Eher verlegen kaufen die Eberswalder auf dem Markt von ihnen Zigaretten, man spürt die offensichtliche Ablehnung und Distanz, aber hier sind Zigaretten halt billiger als im Geschäft. Als die Neonazis in einer „Säuberungsaktion" die Vietnamesen auf dem Marktplatz überfielen und die Zigaretten „beschlagnahmten", hat niemand eingegriffen oder protestiert.

Kontakte zwischen der Bevölkerung in Eberswalde und den dort

11

Fortsetzung

lebenden Ausländern gibt es, von einigen privaten Ausnahmen abgesehen, nicht. Auch nach dem Mord an Antonio Amadeu gibt es keine Reaktion in der Bevölkerung. Das Nächstliegende zu tun, nach dem Mord und den Bedrohungen gegen Ausländer mit diesen Solidarität zu bekunden, hatte niemand den Mut – weder die PDS noch andere Linke, weder Bürgerbewegte noch die Kirche. Auch gemeinsame Gesprächsrunden über die rassistische Bedrohung der ausländischen Mitbürger gibt es nicht. In der resignativen und gleichzeitig erleichterten Antwort, „Es sind ja nur noch so wenige", drückt sich der ganz alltägliche Rassismus aus. Wenn auch die letzten Ausländer die Stadt verlassen haben, ist man dieses Problem endlich los.

Während sich die ganze Stadt mit ABM-Maßnahmen und Umschulungsprogrammen über Wasser zu halten versucht, scheint es als vollkommen abwegig zu gelten, auch die Ausländer in solche Programme zu integrieren. Deutsche zuerst, auch in Eberswalde. Stolz ist dagegen der stellvertretende Bürgermeister auf das erste türkische Restaurant in der Stadt. So etwas gehört zu einer weltoffenen Stadt. Asylbewerber anscheinend nicht. Das Asylantenheim des Kreises Eberswalde, das ebenfalls von den Neonazis bedroht wurde, befindet sich in einem Dorf im äußersten Zipfel des Kreises.

Große Sorgen macht man sich in der Stadt um die vielen Jugendlichen, die zu rechtem Gedankengut neigen. Die Stadt Eberswalde will einen Runden Tisch organisieren, um sich mit allen gesellschaftlichen Gruppen der Stadt über öffentliche Initiativen zu beratschlagen. Darüberhinaus soll die Jugendarbeit verstärkt werden. Ein für alle Jugendlichen offenes Jugendzentrum soll entstehen. Mit Ausbildungsprogrammen – zwei Drittel der Schulabgänger in Eberswalde haben noch keinen Ausbildungsplatz – sollen die Jugendlichen von der Straße geholt werden. Diese eher allgemeinen Pläne zeigen zwar einerseits das Bemühen, in der Stadt etwas zu unternehmen, aber gleichzeitig die Ratlosigkeit darüber, was man wirklich tun kann.

Erfahrungen über die Arbeit mit rechten Jugendlichen hat bereits der Jugendklub des Leibniz-Viertels. Nachdem es vor einem halben Jahr in diesem Jugendklub zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendlichen gekommen war, hat sich die Situation inzwischen beruhigt. „Die Skinheads haben akzeptiert, daß es in diesem Jugendklub unterschiedliche Jugendliche gibt," berichtet der Klubleiter. „Wir wollen niemanden ausgrenzen. Ohne Waffen haben auch sie Zutritt." Vereinzelt sei es gelungen, sie in die Arbeit des Klubs zu integrieren, aber der harte Kern der rechten Szene bleibe inzwischen weg.

Sozialarbeit ist kein Allheilmittel

Die Notwendigkeit, mehr mit rechten jungen Leuten zu arbeiten, wird vom Klubleiter nicht bestritten. Doch in den neuen Bundesländern gibt es bislang kaum Erfahrung mit derartiger Sozialarbeit, ein Austausch mit Sozialarbeitern aus dem Westen hat bisher nicht stattgefunden. Auch auf Risiken, die es in der Arbeit mit Neonazis gibt, macht er aufmerksam. „Wenn man verstärkt rechte Jugendliche in den Klub holt, besteht die Gefahr, daß andere funktionierende Projekte kaputtgemacht werden. Außerdem ist es notwendig, bestimmte Grenzen zu ziehen, aber nicht immer einfach, diese auch durchzuhalten."

Im vergangenen Jahr hatte der Jugendklub nach Auseinandersetzungen drei Neonazis Hausverbot erteilt, konnte es aber nicht durchsetzen, weil sie anschließend mit 50, 60 Leuten zurückgekommen waren. In einem anderen Fall mußte man die Polizei rufen, doch die Baseballschläger der Neonazis waren viel größer als die Polizeiknüppel. Als die Polizisten daraufhin wieder abziehen wollten, sprang ihr Auto nicht an, so daß man erst die „Starthilfe" der Skins in Anspruch nehmen mußte.

Einen anderen Versuch, mit den Neonazis ins Gespräch zu kommen, unternahm der Kreisjugendwart der evangelischen Kirche. Doch nach zwei Gesprächsrunden in der Jungen Gemeinde war die Diskussion so festgefahren, daß das Projekt abgebrochen wurde. „Die Jugendlichen aus der Jungen Gemeinde", erklärt der Jugendwart, „waren nicht länger bereit, sich die neonazistischen Floskeln über Hitler und die deutschen Ostgebiete anzuhören."

Der harte Kern der Neonazis besteht in der Stadt aus rund 20 Personen. Dazu kommt ein unmittelbares Umfeld von 40 bis 50 Personen. Enge Kontakte gibt es zur Neonaziszene in Angermünde und Schwedt. Gelegentlich sollen auch organisierte Neonazis aus dem Westen aufgetaucht sein, sollen Kontakte zur Nationalistischen Front und zur FAP bestanden haben.

Hauptsache es herrscht Ruhe

Im November vergangenen Jahres unternahm Tristan Dewitz den Versuch, in Eberswalde die Partei „Deutsch-Nationaler-Völkischer-Bund" zu gründen. Die Gründung scheiterte. Zu dem Treffen, das von der Stadt verboten wurde, versammelten sich statt der erwarteten 300 Teilnehmer lediglich 75 Personen. Diese wurden von einem massiven Polizeiaufgebot zerstreut.

Derzeit trifft sich die Gruppe vorwiegend im Ortsteil Finow. Der dortige Ortsteilbürgermeister Grzialewski versucht den Kontakt zu der Gruppe aufrechtzuerhalten. „Um die Jugendlichen positiv beeinflussen zu können," sagt er. Kontakte zu Journalisten lehnt er derzeit dagegen ab. „Je mehr in der Presse darüber berichtet wurde, desto uneinsichtiger sind die Jugendlichen geworden." Nach einem Radiointerview, in dem er auch Namen von möglichen Straftätern aus der Szene genannt hatte, ist der Bürgermeister von den Neonazis bedroht worden. Nur mühsam sei es ihm gelungen, den Kontakt wieder herzustellen. „Außerdem sind meine Aussagen in den Medien immer verdreht worden." Der Eindruck drängt sich jedoch auf, daß er von den Neonazis eingeschüchtert wurde.

Der Finower Bürgermeister will der Gruppe ein Haus am Stadtrand zur Verfügung stellen. Dieses sollen sie in Eigenregie, vom Jugend- und Arbeitsamt begleitet, ausbauen und dann als Treffpunkt und Wohngemeinschaft nutzen. Die Gefahr, daß die Jugendlichen aus einem solchen Haus heraus ihre Aktionen und Überfälle besser planen können, sieht er nicht. Auch um bessere Kontrolle soll es nicht gehen. „Es geht darum," so Gruzialewski, „die Jugendlichen aus dem Wohngebiet, in dem sich die Nachbarn belästigt fühlen, herauszubekommen und ihnen Arbeit zu geben. Die Jugendlichen sollen Geld verdienen, damit sie sich auch mal die schönen Dinge des Lebens leisten können." Vielleicht seien sie dann abends auch so müde, meint Gruzialewski, daß sie nicht mehr auf dumme Gedanken kommen. Arbeit, so scheint es, ist für viele noch immer die einzige Form der Therapie.

Aber es offenbart sich, daß der Mann auf dem Holzweg ist. Zum einen wird berichtet, daß die Mehrzahl der Neonazis Arbeit hat, zum anderen können nicht mehr alle in dieser Gruppe entschuldigend als Jugendliche durchgehen. Und während der Bürgermeister sich aus Sorge um die Ruhe in der Stadt Gedanken macht über das Wohlergehen der Neonazis, unter denen sich auch einige der Mörder des Angolaners und andere rassistische Gewalttäter befinden, sitzt der Anführer der Gruppe, Tristan Dewitz, mit sechs weiteren Personen aus der Neonazigruppe unter dringendem Tatverdacht wegen mehrerer Raubüberfälle und schwerer Einbrüche in Untersuchungshaft.

Die Bewohner von Eberswalde können nicht verstehen, daß ihre Stadt so in die Schlagzeilen geraten ist. „So etwas wie hier, das kann überall passieren." Damit haben sie vielleicht sogar recht. Die Aktivitäten der Neonazis und der alltägliche Rassismus entwickeln sich in fast allen Städten der ehemaligen DDR ähnlich. Die Bevölkerung schweigt – aus Angst? Wer schweigt, unterstützt – ob gewollt oder ungewollt – diese Entwicklung. Hilf- und ratlos sind auch die wenigen, die dieser Gefahr entgegentreten wollen. In diesem Sinne steht Eberswalde für eine unerträgliche Normalität.

aus: Neues Deutschland, 2.8.91, S.15

VON HILFESUCHENDEN NEO-NAZIS & MEDIENGESCHÄDIGTEN BÜRGERMEISTERN:

DAS FALLBEISPIEL EBERSWALDE

Will man PolitikerInnen und Verwaltungsbeamten Glauben schenken, so brechen in diesen Tagen sorgenfreie Zeiten für arbeitslose SozialarbeiterInnen im Westen an. Während bei uns immer mehr selbstverwaltete Sozialprojekte und Beratungsstellen wie türkische Jugendläden oder Frauenhäuser vor dem finanziellen Bankrott stehen, haben die Verantwortlichen besonders in den sogenannten Neuen Bundesländern eine ganz neue Zielgruppe zur Betreuung auserkoren. Hier soll Geld zur Abwechslung mal kein Problem darstellen. Gemeint sind all die hilfesuchenden deutschen Jugendlichen, der Verfassungsschutz schätzt ihre Zahl auf circa 15.000 in den Neuen Bundesländern, die nach der friedlichen Annektion der DDR angeblich nicht nur ihren Ausbildungsplatz und ihren Job, sondern vor allem auch ihre Identität verloren haben. Seit Monaten ziehen sie nun schon hilfesuchend und Hakenkreuz-Fahnen schwenkend durch die Straßen von Dresden, Frankfurt\Oder oder Eberswalde, bringen hie und da mal einen Flüchtling oder einen angolanischen Mitbürger um, und warten auf ihre Freunde, die westlichen Streetworker, die sie mit Tischtennis-Spielen und attraktiven ABM-Maßnahmen von ihrem infantilen Treiben auf der Straße zurück in den Kreis der anständigen Gesellschaft holen sollen.
Daß über die bisherigen Erfolge der sogenannten "Skinhead-Projekte" in der Bundesrepublik wenig bekannt ist, kümmert niemanden so recht. Und daß zumindest die nicht abreißenden rassistischen Übergriffe und Mordanschläge auf Flüchtlinge vor allem in den alten Bundesländern wie Niedersachsen oder Nord-Rhein-Westfalen nicht weiterhin nur mit dem Dilemma marginalisierter und perspektivloser jugendlicher Randalierer erklärt werden können, denen es an Beschäftigung mangelt, paßt nicht in das Konzept von aufgeschreckten und konzeptlosen Ausländerbeauftragten, LokalpolitikerInnen oder Verwaltungsbeamten.

Den Opfern bisheriger Freizeitaktivitäten der zu betreuenden Zielgruppe, den hunderten zum Teil schwerverletzten AsylbewerberInnen, den polnischen oder vietnamesischen Händlern, den Angehörigen und Freunden der von Neonazis oder Skinheads ermordeten Menschen aus Angola, Mosambik oder Vietnam, empfiehlt man, sich ruhig zu verhalten, und wenn es gar nicht mehr anders geht, das Weite zu suchen. Betreuung oder Schutz von Seiten des Staates oder der einheimischen Bevölkerung können Menschen mit der falschen Hautfarbe, dem falschen Paß oder auch mit dem falschen Baby hierzulande nur in den seltensten Fällen erwarten.

In Eberswalde-Finow, einer Kleinstadt 70km nordöstlich von Berlin, in der im November 1990 der Angolaner Antonio Amadeu das erste Todesopfer eines rassistischen Überfalles von Neonazis in der EX-DDR wurde, haben in den letzten Monaten schon viele Menschen das Weite gesucht. Unter ihnen die ehemalige Freundin von Amadeu mit dem gemeinsamen Kind, die nach dem Mord an ihrem Freund immer wieder zum Angriffsziel rassistischer und sexistischer Beschimpfungen und Verfolgungen wurde. Nachdem das zweite Mal Rechtsradikale in ihre Wohnung eingedrungen waren, verließ sie fluchtartig die Stadt. Der Bürgermeister von Eberswalde begrüßte diesen Schritt. Er wünscht sich stellvertretend für alle verantwortlichen PolitikerInnen nichts sehnlichster, als daß wieder Ruhe einkehren möge und die Stadt endlich wieder aus den negativen Schlagzeilen der Medien verschwindet. Das Problem, so seine Analyse, liegt weniger in den Zuständen in Eberswalde als in der maßlosen Hetzkampagne der auswärtigen Presse, die die Stadt zur Hochburg von rechtsradikalen Gewalttaten hochstilisiert habe. Daß der Bürgermeister nach eigenen Angaben in der Zwischenzeit schon selbst zum Angriffsziel rechtsradikaler Schläger geworden ist und laut über seine eigene Bewaffnung nachdenkt, scheint nichts an seiner Meinung geändert zu haben. Niemand der politisch Verantwortlichen interessiert sich nur ansatzweise dafür, daß schwarze Menschen und deren Angehörigen sich in Eberswalde schon lange nicht mehr auf die Straße trauen, daß sie in ihren Wohnungen überfallen und bedroht werden, während führenden Neonazis in Auseinandersetzungen mit rivalisierenden Gruppierungen Polizeischutz gewährt wird. Selbst die Fürsorge und Solidarität der Kirchenvertreter und wenigen Bürgerbewegten vom Bündnis 90 oder dem Neuen Forum gilt eher den "eigenen Kindern", d.h. den Neonazis, die mit ihren aus jugendlichem Leichtsinn begonnenen Straftaten ja doch nur einen Hilferuf an die Gesellschaft zum Ausdruck brächten. Der von ihnen bis zum Überdruß verwendete Begriff der "Dialogbereitschaft" verdeckt nur mühselig den allgemeinen Realitätsverlust und die Unfähigkeit zum politischen Handeln.

Seit dem feigen Mordanschlag auf Antonio Amadeu vor 10 Monaten, der von PolitikerInnen und der Polizei als bedauernswerter Unfall gewertet wird, hat es keinen einzigen Versuch von seiten der lokalen Behörden und Einrichtungen gegeben, mit angolanischen oder mosambikanischen Einwohnern ihrer Stadt in einen Dialog einzutreten und ihnen in irgendeiner Weise Unterstützung anzubieten.

In der Zwischenzeit ist die Mehrheit der ehemals ca. 800 Vertragsarbeiter oder Auszubildenden aus Angola oder Mosambik "freiwillig" in ihr Heimatsland zurückgekehrt. Sie waren die ersten, die von den örtlichen Betrieben entlassen wurden, obwohl ihre Verträge noch bis zum Ende des Jahres Gültigkeit hatten. Betrogen worden sind sie nicht nur um eine finanzielle Entschädigung sondern auch um ihre Ausbildung, die ihnen vom ehemaligen Solidaritätsdienst der DDR versprochen wurde, und für die sie seit 1986 als billige und rechtslose Arbeitskräfte im örtlichen "Walzwerk" und im "Fleischverarbeitenden Kombinat" schuften mußten. Den wenigen, die beschlossen haben, in Eberswalde zu bleiben und ihr Recht auf Aufenthalt und Ausbildung durchzusetzen, schlägt nicht nur der alltägliche Terror der organisierten Rechtsradikalen und der ganz normalen Bevölkerung entgegen sondern auch der staatliche Rassismus innerhalb der Bürokratien und Behörden. Nach der sogenannten Wiedervereinigung will plötzlich niemand mehr zuständig sein für all die Menschen, die im Namen der Solidarität und Völkerverständigung in die ehemalige DDR geholt wurden. Falls es den Neonazis durch ihren brutalen Terror nicht alleine gelingt, die Leute zu vertreiben, hilft der Staat, wie schon geschehen, notfalls mit Abschiebungen nach.



Stichtag für die Mehrheit der noch ca. 20 afrikanischen Menschen in Eberswalde, falls sie nicht mit einer Deutschen verheiratet sind, ist der 31.Dezember dieses Jahres. An diesem Tag läuft endgültig ihre Aufenthaltsgenehmigung ab. Ob bis zu diesem Zeitpunkt der Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder ihres ehemaligen Arbeitskollegen Amadeu eröffnet worden ist, scheint im Moment eher unwahrscheinlich. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist gegen die an der Tat Beteiligten noch nicht einmal Anklage erhoben worden. In Frankfurt\Oder, wo zwei der an der Tat Beteiligten inhaftiert sind, läßt sich die Staatsanwaltschaft Zeit mit den Ermittlungen. Bei all den bisherigen Versäumnissen der staatlichen Behörden und unaufgeklärten Verwicklungen, angefangen bei dem unentschlossenen Verhalten der Polizei in der Tatnacht selbst bis hin zu den dubiosen Kontakten des Bürgermeisters zur rechtsradikalen Szene, sollte es nicht wundern, daß bewußt in Kauf genommen wird, die Gerichtsverhandlung in Frankfurt\Oder ohne die wichtigsten angolanischen ZeugInnen durchzuführen. Selbst wenn es gelingen sollte, mit der Unterstützung vieler Einzelpersonen und Organisationen, den Aufenthalt in Deutschland der angolanischen Freunde und Verwandten von Antonio Amadeu zu verlängern, bleibt die Frage nach dem Schutz dieser Menschen vor weiteren Anschlägen und Einschüchterungsversuchen durch die rechte Szene. Während die Neonazis schon öffentlich angekündigt haben, ihre Anhängerschaft zahlreich zum anstehenden Prozeß in Frankfurt\Oder zu mobilisieren, um ihre Kumpels tatkräftig zu unterstützen, zeigen sich die lokalen Sicherheitsbehörden vollkommen unbeeindruckt von dieser Bedrohung gegenüber den ZeugInnen. "Was soll die Polizei schon machen?", ist ein beliebter Ausspruch der politisch Verantwortlichen.

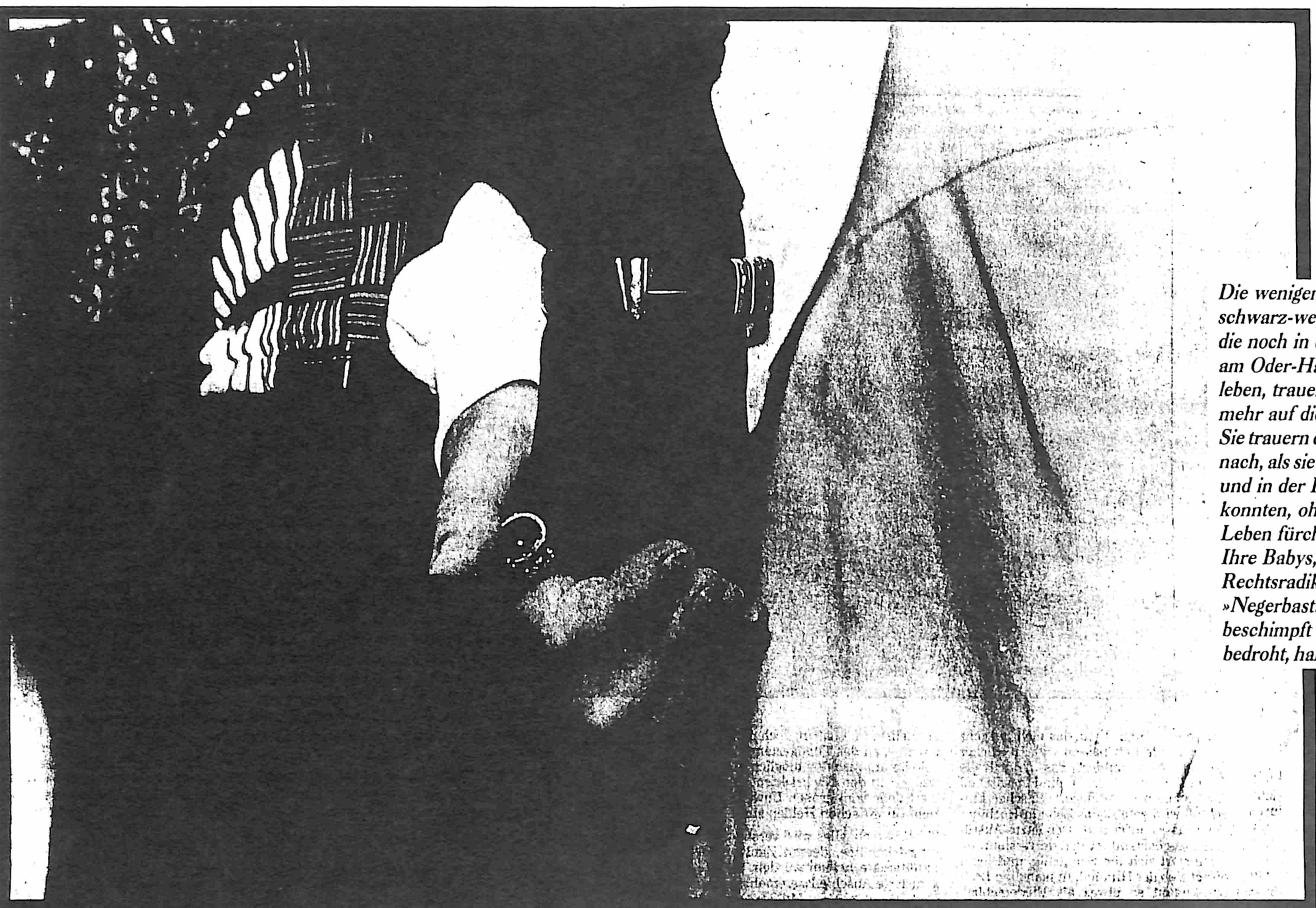
Sich in diesem Lande, im Osten wie im Westen, tatsächlich noch auf polizeilichen Schutz vor rechtsradikalen Gewalttätern zu verlassen, grenzt an Naivität. Was bleibt, ist der Versuch, mit alldenjenigen Gruppierungen und Menschen, die ein Interesse an der Verhinderung und Aufklärung von rassistischen Morden und an einer Bestrafung der Täter haben, dem Druck des rechtsradikalen Mobs in Eberswalde und anderswo eine eigene politische Mobilisierung entgegenzusetzen. Was wir auch brauchen, ist eine breite Öffentlichkeit vor und während des Prozesses, um die ZeugInnen zu schützen. Die muß aus nationalen und internationalen MedienvertreterInnen bestehen und nicht zuletzt aus einer starken Präsenz all derjenigen, die ihre Solidarität mit den Opfern von rassistischen Übergriffen ernst nehmen. Bevor jedoch ernsthaft damit beginnen können, uns mit den Prozeßvorbereitungen und unseren Forderungen an diesen sogenannten "Rechtsstaat" zu beschäftigen, muß alles getan werden, um die angolanischen Menschen, die nicht Ende Dezember in ihr Heimatsland zurückkehren wollen, vor der Abschiebung zu beschützen. Solange es in Eberswalde und auch in anderen Städten wie Wittenberge oder Hoyerswerda keine gesellschaftlichen Gruppen gibt, die sich mit den dort lebenden Flüchtlinge oder ArbeitsmigrantInnen solidarisieren, wird uns in Berlin nichts anderes übrigbleiben, als immer wieder diese Orte aufzusuchen und den Menschen dort, mit den wenigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eine Unterstützung anzubieten. Auf weitere pogromartige Angriffe wie in Hoyerswerda und Todesopfer dürfen wir nicht warten.

Sobald der Prozeßtermin in Frankfurt\Oder offiziell feststeht, werden wir ihn öffentlich machen.

Antirassistische Initiative

aus: ZAG (Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen, Nr.1, November 91, S.10/11

Die Polizisten reden von Ruhe, und die Politiker haben offenbar andere Sorgen, als die neuen Opfer der rechten Schläger zu schützen: Nachdem sie einen Angolaner erschlagen haben, machen die Neonazis von Eberswalde-Finow jetzt Jagd auf die Freundinnen der Schwarzen



Die wenigen schwarz-weißen Pärchen, die noch in der Kleinstadt am Oder-Havel-Kanal leben, trauen sich nicht mehr auf die Straße. Sie trauern den alten Zeiten nach, als sie spazierengehen und in der Disco tanzen konnten, ohne um ihr Leben fürchten zu müssen. Ihre Babys, von den Rechtsradikalen als »Negerbastarde« beschimpft und mit Mord bedroht, halten sie versteckt

Foto: Veit Mette

Antonio ist tot, und Vera hat Angst

VON EBERHARD SEIDEL-PIELEN

Eberswalde-Finow, siebzig Kilometer nordöstlich von Berlin am Oder-Havel-Kanal gelegen, ist eine ganz normale Industriekleinstadt des neuen Deutschlands. Nach den Wirren der Wendezeit wünschen sich die Bürger nichts mehr als Ruhe und Ordnung, einen Arbeitsplatz und bescheidenen Wohlstand. Die Geschäfte bieten die Segnungen des Westens, doch was Eberswalder dieser Tage von vergleichbaren Städtern in der alten Bundesrepublik erheblich unterscheidet, ist die große Angst, arbeitslos zu werden oder zu bleiben und zu verarmen.

Dennoch geht es ordentlich, sauber und diszipliniert in dem 60 000-Seelen-Städtchen zu. Pünktlich um 13 Uhr schließen die Geschäfte in der (Noch-)Wilhelm-Pieck-Straße, der örtlichen Einkaufsmeile. Für zwei Stunden zieht sich die Stadt in die wohlverdiente Mittagsruhe, ins Private zurück. Hier ist nichts, das die Nähe der Hauptstadt verriete; keine Hektik, kaum Lärm, keine Flut von Reizen. Nach vierzig Jahren sozialistischer Gängelei und psychischer Pression, so scheint es, kommt der deutsche Michel auch in Eberswalde-Finow wieder ins reine mit sich selbst. Allen voran die Polizei: „Keine besonderen Vorkommnisse im Osten", meldet sie beruhigend.

„Die Rechtsextremisten verhalten sich seit Wochen still", versichert Eberhard Herrmann, Presseoffizier der Eberswalder Polizei, die sich vor allzu neugierigen Journalisten hinter einem drei Meter hohen Eisentor verschanzt – das Städtchen war Ende des vergangenen Jahres wegen marodierender Neonazis in die Schlagzeilen geraten. „Wir kennen den Kern von etwa fünfzehn bekannten Gewalttätern. Aus polizeilicher Sicht haben wir mit denen wenig zu tun. In jüngster Zeit gab es keine Übergriffe und keine Anzeigen", beschwichtigt der Presseoffizier.

Es scheint, als hätten die Ordnungshüter die Lage nach den häßlichen Vorfällen des Herbstes wieder unter Kontrolle. Vergessen scheinen die wiederholten Überfälle der Rechtsradikalen auf das Wohnheim der damals in Eberswalde lebenden 800 angolanischen und mosambikanischen Vertragsarbeiter. Bis auf ein knappes Dutzend wurden alle „Gastarbeiter" – ausgestattet mit einem Handgeld von 3000 Mark – in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Vergessen auch die Schreckensnacht vom 24. auf den 25. November, als etwa fünfzig Neonazis den „Hüttengasthof", Wochenenddiscothek und einziges Lokal in Eberswalde, in der die zurückgebliebenen Schwarzafrikaner noch gern gesehene Gäste waren, stürmen wollten und auf der Straße drei von ihnen mit Baseballkeulen, Ketten und Messern so schwer verletzten, daß der Angolaner Antonio Amadeu drei Wochen später starb.

Rainer Gruzialewski, Bürgermeister des Ortsteils Finow, ist durchaus auf den guten Ruf seiner Gemeinde bedacht. Dennoch schätzt er die Lage anders ein als die Polizei: „Wir haben es hier mit einer sehr aggressiven rechtsradikalen Szene zu tun, die vor nichts zurückschreckt. Alle sind sie mit Gaspistolen bewaffnet, und sie sollen sogar eine Kalaschnikow gebunkert haben." Er sei zwar kein Ausländerfeind, betont er, und in einem vereinten Europa würden wir immer mit Ausländern zusammenleben müssen, trotzdem sei er froh, daß kaum noch Schwarzafrikaner in der Stadt wohnten. Seine Hoffnung: Die Neonazis geben dann Ruhe und beschränken sich auf ihre Wehrsportübungen in den umliegenden Wäldern. „Irgendwie brauchen diese Jugendlichen ja die Ausländer für ihre Gewalttätigkeiten."

„Als ich von der Außentoilette in die Wohnung zurückkam, standen ein etwa zwanzig Jahre alter Mann in der Küche, ein anderer in der Wohnstube." Karin M. (Name von der Redaktion geändert), deren Freund im vergangenen Oktober, zwei Monate nach der Geburt des gemeinsamen Kindes, nach Mosambik ausgewiesen wurde, wußte nicht, wie ihr geschah. Plötzlich sprühte ihr einer der Männer Tränengas in die Augen. Voller Haß hätten die Eindringlinge Karin M. als „Negernutte" beschimpft und gedroht, das Kind umzubringen.

Zweimal innerhalb weniger Wochen wurde Karin M. Opfer eines Überfalls durch rechte Schläger. Die Eindringlinge schlugen auf die junge Frau ein, brachen ihr das Nasenbein, traten ihr in den Bauch, in den Rücken und in die Nieren. Eine Stunde lang. Verzweifelt setzte sich die Mutter zur Wehr, versuchte ihren Säugling vor den Gewalttätern zu schützen. Vergeblich. Einer riß die Tochter an sich und brüllte: „Da ist ja der Negerbastard." Rüde warf er das Kind in das Bettchen zurück. Daraufhin durchsuchten die Neonazis die Wohnung und stahlen Karin M., die von 700 Mark im Monat leben muß, die letzten 200 Mark, indem sie schrien: „Wenn du Negerschlampe leben willst, mußt du bezahlen. Falls du zur Polizei gehst, passiert dir und dem Kind dasselbe wie Amadeu."

»Was schaffen Sie sich auch so ein Baby an«

Anzeige hat Karin M. beim zweiten Mal nicht erstattet. Aus Angst vor weiteren Übergriffen und aus Resignation. Von der örtlichen Polizei erwartet sie keine Hilfe mehr. Im Gegenteil. Als sie den ersten Überfall zu Protokoll gab, habe ihr ein Beamter geantwortet: „Was schaffen sie sich auch so ein Baby an." „Solche Babys", das sind in Eberswalde-Finow die Kinder ortsansässiger Frauen und angolanischer und mosambikanischer Vertragsarbeiter, die ab 1986 als billige Arbeitskräfte für das „Walzwerk" und das „Fleischverarbeitende Kombinat" angeworben wurden.

Daß die örtlichen Polizisten diese Taten verharmlosen und die Gefahr gar leugnen, kennzeichnet ihren Umgang mit den Rechtsradikalen. Als der neonazistische Mob in der Nacht zum 25. November 1990 Antonio Amadeu langsam zu Tode prügelte, stand die Polizei abwartend vor dem Werksgelände der „Chemischen Werke" an der Leninstraße – einen Steinwurf vom Tatort entfernt. Eine Augenzeugin: „Vier Einsatzwagen standen dort, ich rannte zu ihnen, habe sie angeschrien, sie sollen Antonio zu Hilfe eilen." Doch ein Polizeibeamter habe nur mit der Frage geantwortet: „Sollen wir uns für einen Angolaner totmachen lassen?"

Presseoffizier Eberhard Herrmann weist Vorwürfe, die Polizei schütze offenbar nur Deutsche, entschieden zurück. „Die Eskalation vor dem Hüttengasthof war nicht vorhersehbar. Wir reagierten, sobald wir über die Ansammlung informiert waren und unsere Einsatzkräfte zusammengezogen hatten."

Diese ließen es aber offensichtlich an dem nötigen Einsatz fehlen, denn die Erinnerungen von Augen- und Ohrenzeugen ergeben ein anderes Bild. Der Überfall auf den Treffpunkt der angolanischen und mosambikanischen Bürger Eberswaldes war geplant. „Am Abend der Tat herrschte hier eine heiße Stimmung. Ständig grölten die Rechtsextremisten ‚Heil Hitler', ‚Deutschland den Deutschen', und sie haben die Deutschlandfahne entrollt", erinnert sich Martin Appel, der Pastor in Eberswalde-Finow ist und in unmittelbarer Nähe des „Rockbahnhofs" wohnt, eines Szenetreffs der Neonazis. Er spürte, daß sich etwas anbahnte. „Gegen ein Uhr nachts sind sie dann randalierend in Richtung Hüttengasthof losgezogen."

Unter ihnen Tristan Dewitz, der als Führer der örtlichen Szene gilt und dem Staatsschutz wegen seiner neonazistischen Aktivitäten einschlägig bekannt ist. Nach der Maueröffnung war er für einige Monate Richtung Ruhrgebiet verschwunden. „Offensichtlich hatte er dort Kontakt zu organisierten Rechtsextremisten und wurde in Organisation und Führungsstil geschult", sagt Bernd Wagner, Abteilungsleiter des Staatsschutzes im gemeinsamen Landeskriminalamt der fünf Ostländer.

Anders als die ahnungslose Polizei, die der Schlägertruppe in sicherem Abstand folgte, war der Wirt des „Hüttengasthofs" bereits vor dem Abmarsch der Neonazis über den geplanten Coup informiert. Er warnte die Gäste, schickte sie nach Hause und verschloß das Lokal. Zur gleichen Zeit rückte ein zweiter Trupp von Jungnazis aus einem Vorort, der Max-Reimann-Siedlung, in der 20 000 Menschen leben und die nur siebenhundert Meter nördlich der Disco liegt, auf den „Hüttengasthof" vor. Alle Angolaner und Mosambikaner kamen mit dem Leben davon – nur Antonio Amadeu nicht.

Im Juli 1991, acht Monate danach, ist die besagte Novembernacht Thema im Café-Restaurant „Specht", einem Treffpunkt der Rechtsradikalen in der Max-Reimann-Siedlung. Tischgespräch dreier Nazischläger: „Im Herbst haben wir Verhandlung. – Ich hab' gehört, daß die uns nicht mehr wie früher einfach alle einsperren können. Die müssen nachweisen, wer von uns den Schlag austeilte, der den Neger umgebracht hat." Ähnlich gelassen sehen auch andere Tatbeteiligte der kommenden Verhandlung entgegen. Von den elf Festgenommenen sind bis auf zwei alle wieder auf freiem Fuß.

Von den Ungereimtheiten im polizeilichen Vorgehen bis hin zu etwaiger unterlassener Hilfeleistung seitens der Beamten bleiben viele Fragen offen. „Staatsanwaltschaft und Polizei müssen in diesem Fall Untersuchungen einleiten, das erscheint dringend notwendig", meint Bernd Wagner vom Staatsschutz.

Die Kette merkwürdigen Behördenverhaltens in Eberswalde-Finow riß aber auch nach dem Tod des Antonio Amadeu nicht ab. Als Vera G. (Name von der Redaktion geändert), Lebensgefährtin des getöteten Angolaners, am 12. Januar 1991 mit ihrem Baby aus der Entbindungsstation in ihre Wohnung in der Fritz-Weinecke-Straße 13 zurückkehrt, trifft sie auf Tristan Dewitz, den Führer der Neonazis, als neuen Mieter der Nachbarwohnung. „Ich habe Tristan die Wohnung vermittelt, da er mir glaubhaft versicherte, daß er aus der Szene aussteigen wolle", begründet Bürgermeister Rainer Gruzialewski seinen unverständlichen Schritt.

Noch am 10. Dezember hatte der „Aussteiger" mehr als achtzig Neonazis mobilisiert, die zur Gründung des „Deutschen Völkischen Bundes" nach Eberswalde gekommen waren. Und nichts deutete auf ein verändertes Weltbild und Verhalten des Naziführers hin. „Hitlerporträts und Hakenkreuzfahnen", so der Bürgermeister, der in regelmäßigen Abständen nach dem Rechten sah, „schmückten weiterhin sein Zimmer". Die Fürsorge vom Amt, die der vermeintliche Aussteiger genoß, reichte sogar bis zum Polizeischutz – Tristan Dewitz wurde angeblich von Gesinnungsgenossen bedroht.

Eine Maßnahme, die weder Vera G. noch anderen bedrohten Frauen gewährt wurde. Entsprechende Anfragen wiesen Polizeibeamte ab: Wer sich bedroht fühle, könne sich einen privaten Wachschutz engagieren.

Das Vertrauen in ihren Bürgermeister ist bereits am 14. 1. 1991 erschüttert. Die Wohnung von Vera G. sowie einige Wohnungen von Nazikritikern, die ebenfalls im Hause wohnen, werden verwüstet. Allein die Wohnung des „Aussteigers" Dewitz bleibt unversehrt. Bis heute sind die Täter unbekannt. Wegen der akuten Gefahr vermittelt der Bürgermeister Vera G. eine neue Wohnung in der Steinfurther Straße – nicht ohne ihr den väterlichen Rat zu geben, „Eberswalde doch lieber Richtung Berlin oder Westdeutschland zu verlassen".

Zwei Tage nach Vera G.s Umzug bezieht Tristan Dewitz ebenfalls eine neue Wohnung und wiederum in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Er zieht weitere Neonazis mit sich, die vom Bürgermeister gleichfalls Wohnungen in der Straße zugewiesen bekommen. Für Vera G. wird das Leben schließlich unerträglich. An einem Tag ist der Kinderwagen mit Hakenkreuzen beschmiert, am nächsten Tag ist er völlig zerstört. Aus vorbeifahrenden Autos, in der Straßenbahn, selbst auf dem Arbeitsamt wird sie angepöbelt. Und nicht immer sind es ausgemachte Neonazis, die sie als „Negerhure" beschimpfen; auch „Stinos", stinknormale Bürger, entladen ihren Haß.

»Ich liege oft wach und horche, ob sie kommen und die Wohnung aufbrechen«

Pastor Martin Appel, der viele der Jungnazis aus Zeiten der evangelischen Jugendgruppe kennt: „Genauso schlimm wie dieser Mord ist die stillschweigende Zustimmung vieler Erwachsener zu den ausländerfeindlichen und rassistischen Parolen, die ihre Kinder jede Nacht in unserer Stadt rufen."

Parolen, die an Frauen wie Gaby, Roswitha und Renate (alle Namen geändert), die seit Monaten wie Gefangene in ihren Wohnungen leben, gerichtet sind. „Mit unseren Kindern können wir nicht spazierengehen, da wir jederzeit mit Übergriffen rechnen müssen." Es ist ihnen unmöglich, mit den wenigen schwarzen Freunden, die heute noch in Eberswalde leben, auszugehen. Immer wieder tauchen nachts Kleingruppen von Neonazis in der Nähe des Hauses auf, brüllen „Heil Hitler" und „Stellt die Negerhuren an die Wand".

Gaby: „Ich hoffe, sie erfahren nicht, in welchen Häusern wir genau wohnen." Eine verzweifelte Hoffnung. Denn vor wenigen Wochen hing bereits ein Zettel an ihrer Wohnungstür: „Du bist die Nächste, du alte Negerschlampe und dein Gör auch." Als Gaby die anonyme Bedrohung anzeigte und um Schutz für sich und ihr Kind bat, sagte der Beamte lakonisch: „Wer garantiert mir denn, daß Sie den Zettel nicht selbst geschrieben haben?" Damit war für ihn der Fall erledigt. „Für die handelt es sich bei uns doch nur um Freundinnen von Schwarzen", stellt Gaby resigniert fest.

Mitte Juli wurde Gaby am hellichten Tag von vier Neonazis angegriffen. Erst als ein paar Passanten eingriffen, ließen sie von ihr ab. „Dich holen wir ein anderes Mal", schrien die Schläger ihr hinterher. Nervlich am Ende, flüchtete Gaby für zwei Wochen nach Westdeutschland, um sich zu erholen. Sobald sie eine Wohnung gefunden haben, möchten Gaby und einige ihrer Freundinnen wegziehen. „Das ist kein Leben mehr, ständig diese Angst. Ich liege oft wacht im Bett, höre in die Stille und frage mich, wann sie nun kommen und die Wohnung aufbrechen." Hilfe haben die etwa zwanzig Frauen Eberswaldes mit farbigen Kindern von niemandem zu erwarten.

Pastor Appel sieht kaum eine Möglichkeit zum Eingreifen. „Es gibt in der Jugendszene zwar ein Gegengewicht zu den Rechten, aber dieser Kreis der Jugendlichen ist zu schwach, um die Neonazis entsprechend zu beeinflussen."

Auch Hartwin Schulz, Jugendarbeiter des Kirchenkreises und Mitbegründer des Kreisjugendringes, zieht eine niederschmetternde Bilanz: „In Eberswalde-Finow gibt es praktisch keine Jugendarbeit." Hartwin Schulz selbst stehen für die Jugendarbeit im Kirchenkreis ein jährlicher Etat von 600 Mark und ein zwanzig Quadratmeter großer Kellerraum als Treffpunkt zur Verfügung.

„Der Trend zum Rechtsextremismus läuft bereits seit Jahren", sagt Pastor Appel, vor allem in der in den siebziger Jahren hochgezogenen Plattenbausiedlung, der Max-Reimann-Siedlung, sei das zu beobachten. „Dort", so Appel, „verdichten sich die sozialen Probleme." Hohe Scheidungsraten, schlechte Bildungseinrichtungen, die jegliche Phantasie und Kreativität abtöteten, und die jahrelange ideologische Bevormundung seien für die jüngste Entwicklung verantwortlich.

„Die Kinder haben vor dem Hintergrund all dieser Probleme ihr eigenes Weltbild zusammengebastelt, und aufgrund der permanenten Rotlichtbestrahlung sind sie nun braun." Appel ist überzeugt, daß in der Vergangenheit nur der rigide Polizeistaat rassistische und neonazistische Übergriffe verhindert habe. Zeiten, an die Gaby bereits heute wehmütig zurückdenkt. „Vor der Wende gab es keine Probleme, kein Schwarzer wurde angegriffen, wir konnten mit unseren Männern ausgehen, es war wunderbar. Im Sommer machten die Kubaner, Mosambikaner und Angolaner vor ihrem Wohnheim Musik und tanzten. Das soll nun alles vorbei sein?"

Eberswalde-Finow ist im Begriff, zur ersten „ausländerfreien" Industriestadt des vereinten Deutschlands zu werden – ein echter Triumph der ungestört agierenden Neonazis. Keine der Frauen möchte in der Stadt bleiben. Die ersten von ihnen sind bereits Richtung Westdeutschland abgewandert. Kommentar des Bürgermeisters, als er erfuhr, daß die Lebensgefährtin Amadeus nach Morddrohungen Ende Juni Hals über Kopf aus ihrer Heimatstadt floh: „Ich denke, es ist das Beste für sie. Hier hat sie doch keine Zukunft mehr."

aus: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 2. 8. 1991

NOCH IMMER KEINE ANKLAGE WEGEN DES TODES VON AMADEU ANTONIO

Die Staatsanwaltschaft bei dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder hat wegen des gewaltsamen Todes von Amadeu Antonio immer noch keine Anklage erhoben. Der angolanische Vertragsarbeiter wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 in der 60 km nördlich von Berlin gelegenen Kleinstadt Eberswalde-Finow von einer Gruppe Skinheads und sogenannten „heavy metals" derart geschlagen, getreten und geprügelt, daß er mit schwersten Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. In der selben Nacht wurden mindestens drei weitere Schwarze durch die gleichen Angreifer u.a. durch Messerstiche und Schläge mit einer Baseballkeule schwer verletzt. Amadeu Antonio verstarb am 6. Dezember 1990 im Krankenhaus an den Folgen des rassistischen Überfalls.

Noch in der Tatnacht nahm die Polizei zehn aktiv oder passiv an den Übergriffen Beteiligte fest. Zwei kamen vor den Haftrichter und landeten in Untersuchungshaft, die anderen konnten nach Feststellung ihrer Personalien wieder nach Hause gehen. Gegen ein gutes Dutzend Jugendliche und Heranwachsende aus Eberswalde und dem an der deutsch-polnischen Grenze liegenden Gartz bei Schwedt/Oder ermittelt seitdem die Kriminalpolizei u.a. wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung mit Todesfolge – bislang ohne greifbares Ergebnis.

Die Gruppe aus Gartz, die sich offen als Skinheads bekennen, war am 24.11.90 nach Eberswalde gekommen, um das Wochenende mit gleichgesinnten „Kameraden" aus der rechten Szene zu verbringen. Am frühen Abend traf sich die Gruppe in der Wohnung eines in Eberswalde stadtbekannten Neo-Nazis und machte sich später auf den Weg in die Eberswalder Diskothek „Rockbahnhof". Auf dem Weg dorthin wurde dann schon mal ein sowjetischer Soldat angepöbelt und ihm die Mütze geklaut.
In der Disco befand sich an diesem Abend auch eine Gruppe der heavy metals aus Eberswalde. Gegen Mitternacht kam dann in der Disco nach übereinstimmenden Zeugenaussagen die „Idee auf, ein paar Ausländer anzugreifen". Alle Beteiligten wußten, daß an diesem Abend auch in der Eberswalder Gaststätte „Hüttengasthof" ein Discoabend veranstaltet wurde.

Der Hüttengasthof war der einzige Treffpunkt für die damals noch etwa 800 angolanischen und mozambikanischen Vertragsarbeiter und -auszubildenden in Eberswalde, in dem sie von rassistischer Anmache unbehelligt ihre Freizeit verbringen konnten. Auch Amadeu Antonio war an diesem Abend mit mozambikanischen und deutschen FreundInnen im Hüttengasthof.

Die Gruppe, die den Rockbahnhof verließ und sich zu Fuß in Richtung Hüttengasthof bewegte, war etwa 50-150 Personen stark. Unterwegs gingen die Scheiben mehrerer PKW zu Bruch und Zeugen berichten, daß sich einige Personen vermummt und mit Holzlatten bewaffnet haben.

In der Nähe des Hüttengasthofs, auf der Leninallee in Höhe der Chemischen Fabrik Eberswade, kam es dann zum gewollten Angriff: Jeweils kleinere Gruppen von Skinheads und heavy metals griffen mehrere Schwarze an, die sich zum Teil auf dem Heimweg von der Disco befanden oder in Erwartung eines rassistischen Angriffs vor dem Hüttengasthof Ausschau hielten. Einer der Schwarzen bekam einen Schlag mit einer Baseballkeule, ging zu Boden, konnte aber fliehen. Andere Schwarze, die sich verbal oder handfest wehrten, wurden von 5-10 Personen eingekreist und verprügelt. Einer bekam mit einem Messer mehrere Stiche in das Gesäß.

Der Angriff endete erst, als die Polizei mit mehreren Mannschaftswagen die Straße räumte. Zu diesem Zeitpunkt lag Amadeu Antonio bereits schwer veletzt und stark blutend am Straßenhand. Er, der eigentlich fliehen wollte, war den Skins und heavy metals direkt in die Arme gelaufen. Die Schnelle Medizinische Hilfe brachte ihn umgehend ins Krankenhaus, nachdem er zunächst ins Pförtnerhaus der Chemischen Fabrik in Sicherheit gebracht worden war.

Die Frage, warum die Polizei erst eingriff, als der Angriff bereits lief, ist ungeklärt. Bekannt ist aber, daß die Polizei an diesem Abend mit Attacken der Rechten rechnete. Ein Zivilkommando war auf die vom Rockbahnhof kommende Gruppe bereits aufmerksam geworden und hatte auch die polizeiliche Leitstelle informiert. Als es zu den Angriffen kam, schritten die Zivis aber nicht ein.

Presseberichte, die dieses Polizeiverhalten kritisierten, veranlaßten den Verband binationaler Familien und Partnerschaften/Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) e.V. beim Innenminister des Landes Brandenburg, Ziel, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die beteiligten Polizeibeamten zu stellen. Eine Antwort hat die IAF bis heute nicht erhalten. Sollte es tatsächlich noch zu einem Prozeß gegen die Täter von Eberswalde kommen, wird in diesem Prozeß auch die Rolle der Polizei zu klären sein.



Die auf fünf Bände angewachsenen Ermittlungsakten liegen derzeit der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder zur Entscheidung vor. Die polizeilichen Ermittlungen sind abgeschlossen. Die beiden Beschuldigten, die in Untersuchungshaft saßen – beides Skins aus Gartz – sind im September 1991 wieder auf freien Fuß gesetzt worden – allerdings unter Verhängung von Meldeauflagen. Begründung des Gerichts: Angesichts der langen Dauer der Ermittlungen sei die weitere Aufrechterhaltung der U-Haft unverhältnismäßig...

Unterdessen hat die Polizei, die Staatsanwaltschaft und das Bezirksgericht Frankfurt/Oder ihre „Erfolgsbilanz" in Sachen Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgelegt: Von dem unaufgeklärten rassistischen Mord an Amadeu Antonio ist dabei nicht die Rede. Vielmehr rühmt sich der Polizeipräsident von Frankfurt/Oder, Lietsch, damit, daß die Aufklärungsquote im rechtsextremen Bereich „überdimensional gut" sei. Von insgesamt 63 Anklagen gegen 146 Beschuldigte, u.a. wegen der Angriffe auf polnische Reisende am Tage des Wegfalls des Visumzwangs, endeten bislang 16 Verfahren mit einer Verurteilung, wobei die Strafen jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Heinrich Büscher, Präsident des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder, begründet die relativ milden Urteile damit, daß die rechtsextremen Hintergründe meist nur vorgeschoben seien. Vielmehr handele es sich meist um „Spontantaten, ausgelöst durch Alkohol, Gruppenzwang, fehlender Freizeitmöglichkeiten und der allgemeinen Perspektivlosigkeit der Jugendlichen in der ehemaligen DDR". Der Leiter der Staatsschutzabteilung der Frankfurter Bezirkskriminalpolizei, Butschke, setzt noch eins drauf, wenn er die ganze Diskussion um Rechtsextremismus als „viel zu laut" empfindet. Seine Analyse: erst das öffentliche Gerede habe die ostdeutschen Jugendlichen in das rechtsextreme Milieu gedrängt. „wenn es von allen Seiten heißt, sie gehören dazu, gehören sie irgendwann dazu".

Kein Wort über die Opfer, viel Verständnis für die Täter. Wäre dies auch der Fall, wenn die infolge der deutschen Vereinigung arbeitslos gewordenen, in der DDR bereits nahezu rechtlosen und seit dem Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigungen zum 31.12.91 von Abschiebung bedrohten schwarzen Vertragsarbeiter ihre Frustration durch Angriffe auf die weiße Mehrheitsbevölkerung Ausdruck verliehen?

Staatschützer Buschke ist übrigens einer der federführenden Ermittler in Sachen Tod von Amadeu Antonio. Vielleicht erklärt seine Einstellung zum „Problem Rechtsextremismus", warum die bisherigen Ermittlungen sich darauf konzentriert haben, einen Verantwortlichen für die tödlichen Schläge auf Amadeu Antonio zu finden, anstatt davon auszugehen, daß hier eine Gruppe aus gewalttätigem Rassismus gemeinschaftlich Jagd auf Schwarze gemacht hat und dabei tödliche Folgen zumindest billigend in Kauf genommen hat.

Weitere Informationen zum Tod an Amadeu Antonio bzw. zur Situation in Eberswalde könnt Ihr dem ZAG 1 entnehmen.
Und wir werden Euch auch in Zukunft informieren.

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.

aus: ZAG (Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen), Nr.2, Februar 92, S.6/7

Interview mit Andreas B.

Aus einer Recherche zum Beitrag über den Tod von Antonio Amadeu, gesendet von Antenne Brandenburg am 14.7.91:

Frage: Wenn ich dich richtig verstanden habe, warst du damals im November, bei dem Vorfall, der schlußendlich mit dem Tod von Antonio Amadeu endete nicht zugegen; was hast du denn erfahren?

A.B.: Ich habe erfahren, wie sie alle erzählen, daß sie den Jungen totgeschlagen haben.

Frage: D.h. du weißt, wer das war?

A.B.: Ich weiß wer das war aber Namen gibt es von mir nicht....

Frage: Wieviel Leute von euch waren denn nach deiner Information dabei?

A.B.: Vielleicht zwei Mann.

Frage: Also andere Zahlen sprechen von 15 bis 20.

A.B.: Das glaube ich nicht, da reichen zwei Mann um einen Neger kalt zu machen.

Frage: Und warum ist dieser, ich zitiere dich, "Neger kalt gemacht worden"?

A.B.: Ja warum, das sind eben Rassenprobleme. Warum sie ihn schlußendlich kalt gemacht haben, weiß ich auch nicht. Es wird irgendwie eine Feindseligkeit entstanden sein. Er soll ja im Hüttengasthof gewesen sein.....

Frage: Bedauerst du den Tod von Antonio?

A.B.: Nee, grundsätzlich nicht.

Frage: Und warum nicht?

A.B.: Weil ich keine Ausländer abhaben kann.

Frage: Aber auch ein ausländischer Mitbürger und ein Schwarzer ist doch ein Mensch.

A.B.: Die können dreimal ein Mensch sein, trotzdem bedauere ich so etwas nicht.

Frage: Wie stellst du dir denn das Leben in Deutschland vor?

A.B.: Die ganzen Ausländer sollen raus, die Deutschen sollen alles haben. Das ganze Ausländerpack soll sich dahin scheren, wo sie hergekommen sind.
.....



Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften
Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e. V.

IAF-Zentrum in der ORA 34
Oranienstraße 34 · HH 4. Stock
1000 Berlin 36 · Tel. 0 30 / 65 34 99

Abschrift

IAF-Zentrum · Oranienstraße 34 · 1000 Berlin 36

An den Innenminister des Landes
Brandenburg
Herrn Alwin Ziel
Henning-von-Treschkow-Straße 9-13
O-1561 Potsdam

Berlin, den 4.11.1991

Betr.: Mord an Antonio Amadeu aus Angola, der am 24.9.1990 in Eberswalde von Skinheads zu Tode geprügelt und getreten wurde,
hier: Ermittlungs- bzw. Disziplinarverfahren gegen die in der Nähe anwesenden Polizeibeamten wegen unterlassener Hilfeleistung

Sehr geehrter Herr Innenminister Ziel,

wir wenden uns an Sie, weil Sie als Innenminister für die Polizei zuständig sind, und weil Sie, wie wir dem Tagesspiegel vom 2.7.1991 entnommen haben , die Auffassung vertreten, daß Polizisten, die ihren Pflichten nicht nachkommen, mit klaren Konsequenzen zu rechnen haben.

Uns beschäftigt folgende Frage:
Wie wir ebenfalls dem Tagesspiegel, und zwar dem Artikel "Eine ganz normale Hexenjagd in Eberswalde" vom 2o.7.1991, entnommen haben,bestehen massive Anhaltspunkte dafür, daß die bei der Ermordung von Antonio Amadeu anwesenden Polizisten ihrer Verpflichtung, bedrohte Staatsbürger zu schützen, nicht nachgekommen sind.
In dem erwähnten Artikel des Tagesspiegel heißt es dazu: "Als die Neonazis drei Schwarze zum Teil schwer verletzten und Antonio Amadeu langsam zu Tode prügelten, stand die Polizei abwartend vor dem Werksgelände der Chemischen Werke an der Leninstraße -einen Steinwurf vom Tatort entfernt. Eine Augenzeugin: 'Vier Einsatzwagen standen dort, ich bin zu ihnen hingerannt, habe sie angeschrieen, damit sie Antonio zu Hilfe eilen.' Doch ein Polizeibeamter reagierte mit der Frage:'Sollen wir uns für einen Angolaner totmachen lassen?' "

Herr Bernd Wagner, Leiter der Abteilung Staatsschutz im gemeinsamen

- 2-

Landeskriminalamt der fünf neuen Bundesländer, wird in dem Artikel mit der Äußerung zitiert, daß es im Hinblick auf die Ungereimtheiten des polizeilichen Verhaltens bis hin zu unterlassener Hilfeleistung dringend notwendig sei, daß Staatsanwaltschaft und Polizei das Verhalten der betreffenden Polizeibeamten untersuchten.

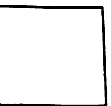
Unsere Frage lautet: <u>Sind in der Sache Untersuchungen bzw. entsprechende Strafverfahren eingeleitet worden? Wurden die betreffenden Beamten zwischenzeitlich vom Dienst suspendiert?</u>

Da wir der Presse zu dieser Frage nichts entnehmen konnten, es aber für unerläßlich halten, daß das geschilderte polizeiliche Verhalten nicht ohne Konsequenzen hingenommen wird, wenden wir uns direkt an Sie.

Sicher teilen Sie die Auffassung, daß Polizisten, die glauben, daß Angolaner oder andere Ausländer von ihnen nicht geschützt zu werden brauchen, als Polizisten in einem demokratischen Rechtsstaat untragbar sind.

Für eine baldige Antwort wären wir sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
Hermine Jöst
i.A. Hermine Jöst



LAND
BRANDENBURG



Ministerium des Innern

- Der Staatssekretär -

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
O-1561 Potsdam · Postfach 361

Verband bi-nationaler
Familien und Partnerschaften
IAF-Zentrum
Oranienstraße 34

W - 1000 Berlin 36

Hausanschluß: 2449

Datum: 14 Febr. ~~Jan.~~ 1992

Aktenzeichen: IV/11-1571
(Bei Antwort bitte angeben)

Sehr geehrte Damen des IAF-Verbandes,

ich darf mich für die kritischen Anmerkungen und Hinweise bedanken.
Seien Sie versichert, daß ich genau wie Sie die Tötung des Antonio Amadeo durch Randalierer und Schläger verurteile und es außerordentlich bedauere, daß die Tat nicht verhindert werden konnte.

In dem von Ihnen genannten Artikel wird über gewalttätige Aktivitäten jugendlicher Randgruppen in Verbindung mit der zunehmenden Ausländer- bzw. Frauenfeindlichkeit berichtet. Ein Schwerpunkt ist die Darstellung der angeblichen Untätigkeit der Polizei in Eberswalde.
Die Darstellung weicht wesentlich von dem Ergebnis der polizeilichen Recherchen ab.

Ich gebe Ihnen recht, daß es schlimm ist, wenn es der Polizei nicht gelingt, Straftaten zu verhindern, insbesondere natürlich, wenn sie zum Tod eines Menschen führen. Es gibt andererseits Grenzen polizeilicher Möglichkeiten aus rechtlichen wie tatsächlichen Gründen. Dazu gehört auch die Schwierigkeit, zeitgerecht eine ausreichende Anzahl von Polizeikräften an wechselnden Ereignisorten wirkungsvoll einsetzen zu können.
Soweit Afrikaner oder andere Ausländer sowie deren teilweise deutsche Ehefrauen tätlich angegriffen werden, ist die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten verpflichtet und bemüht, den Schutz zu gewährleisten bzw. eine beweiskräftige Strafverfolgung durchzuführen. Durch nachhaltige Hinweise auf die besondere Problemlage gerade dieses Personenkreises glaube ich, eine erhöhte Sensibilität bei der Polizei erreicht zu haben.

Gegen die tatverdächtigen Schläger und Randalierer wurden Strafermittlungsverfahren eingeleitet und in mehreren Fällen Haftbefehle erwirkt. Daneben habe ich Untersuchungen bezüglich der Vorwürfe gegen die eingesetzten Polizeibeamten durchgeführt.
Es ergaben sich keine Beweise für ein disziplinar- oder strafrechtlich zu ahndendes Fehlverhalten.

Ich bin natürlich wie Sie der Überzeugung, daß die Polizei den Schutz aller Menschen - auch und gerade der ausländischen Mitbürger - gewährleisten muß.
Ich gehe davon aus, daß wir dieser Aufgabe auch in dem Maße besser gerecht werden, wie die angestrebten neuen Strukturen realisiert werden.
Im Rahmen des regelmäßigen Dienstunterrichts wie auch in der sonstigen Aus- und Fortbildung wird darauf hingewirkt, bei jedem Polizeibediensteten rechtsstaatliches Bewußtsein zu fördern und zu festigen.
Darüber hinaus werden auch erhebliche Mittel für die Ausstattung der Polizeidienststellen mit Kommunikationstechnik, Kraftfahrzeugen und sonstigen Einsatzmitteln eingesetzt, um mehr Flexibilität im Einsatz zu erreichen. Diese Investitionen werden größtenteils noch in diesem Jahr wirksam werden.

Trotz derzeit noch bestehender nicht zu leugnender Unzulänglichkeiten ist erkennbar, daß die Brandenburgische Polizei immer besser mit den Anforderungen der Sicherheitslage fertig wird. Ihre Forderungen haben mein volles Verständnis; ich unterstütze sie.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

(Hoffmann)


ZAG


861 94 22